Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Weingasse Nr. [illegible], durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. [illegible], pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7047

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 42. Sonnabend, den 19. Februar 1898. 9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Antisemitische Socialpolitik.

Bekanntlich haben auch die Antisemiten ein „warmes Herz“ für die wirthschaftlich abhängigen arbeitenden Klassen — besonders wenn die Wahlen vor der Thür stehen. Das beweist auch ein Antrag des antisemitischen Abgeordneten Köhler im hessischen Landtage, der nichts weniger als die Verleihung von „Staatspreisen“ an „treue Dienstboten“ fordert. Dieser Antrag ist so charakteristisch für die „Arbeiterfreundlichkeit“ der urdeutschen Reformparteiler, daß er, wie unser Mainzer Parteiblatt ausführt, einer näheren Betrachtung gewürdigt werden muß.

Jeder, der eine ehrliche Arbeiterpolitik treibt, muß von dem Grundsatz ausgehen, daß der Arbeiter ein gleichberechtigter Staatsbürger ist, der nicht auf das „gute Herz“ seines Arbeitgebers oder auf die „Gnade“ irgend eines hohen Herrn angewiesen sein darf, sondern der als ebenbürtiger freier Mensch ein Recht darauf hat, für seine Arbeit so viel als ihm gebührenden Lohn zu verlangen, wie sie werth ist. Kein Theil des Arbeitslohns darf die Gestalt eines Geschenks annehmen, das man gewissermaßen freiwillig, lediglich aus „Wohlwollen“ gewährt. Wer den Arbeiter auf solche freiwillige Geschenke von Arbeitgebers Gnaden anweist, der nimmt ihm sein gutes Recht auf volle Bezahlung und degradirt ihn zu einem Almosenempfänger. Darauf aber läuft der antisemitische Antrag hinaus.

Er verlangt nämlich ein Gesetz, wonach „Dienstboten, die treu und ehrlich länger als 5 Jahre ständig bei einer Herrschaft, Familie, Firma und dergleichen gedient haben“, Staatspreise erhalten sollen, und zwar von einer ganz schwindelnden Höhe. Man höre und staune: Nach dem vollendeten 5. Dienstjahre sollen dem „treuen“ Dienstboten 50 Reichsmark ausgehändigt werden; nach dem 10. Dienstjahr 100 Mark, nach weiteren 5 Dienstjahren 150 und so fort, so daß ein Dienstbote, der 50 Jahre bei einer „Herrschaft“ war (bei unverschuldetem Stellenwechsel können es auch mehrere sein), 500 Mark erhielte, als Prämie dafür, daß er sein ganzes Leben in abhängiger Stellung und ohne eigene Familie für andere geopfert hat. Wie gnädig!

Aber noch mehr! Das Glück des „treuen“ Dienstboten wäre noch nicht vollkommen, wenn ihm nicht noch ein höheres Lebensziel gesteckt würde. „Sei getreu bis in den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben“, heißt es in der Bibel. Dieser schöne Spruch mag dem Abg. Köhler vorgeschwebt haben, als er in seinem Antrag weiter verlangte, daß Dienstboten, die über 55 Jahre einer „Herrschaft“ geopfert haben, „eine zu schaffende goldene Ordensauszeichnung vom Großherzog verliehen wird“. — Man denke nur: eine Ordensauszeichnung — eine goldene sogar — und vom Großherzog verliehen! Welch reicher Lohn! Welch Uebermaß von Glück! Wie muß da ein „treues“ Dienstbotenherz vor Freude erzittern. Und die Antisemiten sind es, die ihm dies schier unfaßbar große Glück zuwenden wollen — wohlverstanden, wenn der Sensemann nicht vorher einen Strich durch die Rechnung macht! Was die Antisemiten doch für gute Menschen sind!

Sie sind aber auch gerechte Menschen und kluge Politiker. Man höre nur weiter! Um die Mittel für diese „Staatspreise“ aufzubringen, soll den Dienstherrschaften eine Steuer pro Jahr und pro Person ihrer Dienstboten von je einer Mark auferlegt werden. „Diese Steuer soll heißen: „Der Ehrenpfennig“. So weit der von den Dienstherrschaften aufgebrachte „Ehrenpfennig“ aber nicht ausreicht, um den Bettelpfennig für die Dienstboten zu zahlen, soll die Staatskasse einspringen. Die Steuerzahler habens ja dazu, um den gnädigen Dienstherrschaften billige und willige Dienstboten zu verschaffen. Denn auf die Beschaffung von billigen und willigen Dienstboten läuft der ganze Schwindel dieser antisemitischen Socialpolitik hinaus. Wahrscheinlich denken sie dabei besonders an die große Noth gewisser Herren Manschettenbauern, die für den Hungerlohn, den sie anlegen wollen, zur Zeit nicht genug „treues Gesinde“ finden, das für sie das Feld baut und den Stall versieht. Da wäre es doch gar zu schön, wenn man die jungen Leute, die anderwärts ihre Arbeitskraft besser verwerthen können, durch den Hinweis auf die Stufenleiter von „Staatspreisen“ und das „goldene Ordenszeichen“ veranlassen könnte, bei geringem Lohn auszuharren.

Freilich soll nach dem Antrag im Gesetz die Bestimmung enthalten sein: „Vom Arbeitgeber darf, bei Androhung hoher Strafe, nichts an ihrem Diensteinkommen abgezogen werden.“ — Für einen, der weiß, wie es gemacht wird, ist das der Gipfel der Naivität. Der Erfolg des Antrags Köhler wäre einfach, daß die Dienstboten ihre „Staatspreise“ mit geringerem Lohn, d. h. aus der eigenen Tasche bezahlen müßten. Für so geniale socialpolitische Einfälle ist die Socialdemokratie natürlich nicht zu haben. Die Dienstboten aber mögen daraus erkennen, was die Freundschaft der Antisemiten, die zugleich Freunde der Gesindeordnung sind, werth ist.

Deutsche „Cultur“.

Wie der „Münchener Post“ mitgetheilt wurde, werden in der Strafanstalt in Laufen beim Traunstein „fast täglich“, je nach Umständen folgende „Erziehungs- und Besserungsmethoden“ zur Anwendung gebracht:

1. Doppeltgeschärfter einfacher und Dunkelarrest mit permanentem Anschluß an die Wand.
2. Tragen von Fesseln (dem sogenannten „Springerl“) auf die Mindestdauer von drei Monaten.
3. Doppeltgeschärfter einfacher und Dunkelarrest mit täglich vierstündigem Krummschluß.

Der Anschluß an die Wand geschieht in der Weise, daß der Gefangene gleich einer wilden Bestie mittels einer schweren eisernen Kette am Fußgelenk an die Wand geschlossen wird, die ihm nur eine Bewegung von ca. zwei Schritten gestattet.

Das Tragen von Fesseln, sogenannten Springerln, besteht darin, daß dem Gefangenen eine kurze, starke dreigliedrige Kette mit Eisenschellen an beide nackten Füße oberhalb der Fußknöchel angenietet wird; das Gewicht einer solchen Kette variirt zwischen 15—30 Pfund. Der Gefangene kann nur ganz kurze Schritte machen, durch das beständige Reiben auf der bloßen Haut werden in kurzer Zeit die Knöchel wund. Die Ketten werden Tag und Nacht getragen und entziehen dem Körper außerordentlich viel Wärme, was besonders im Winter für den Gefangenen nachtheilig ist. Das Anschlagen der Fesseln muß der Gefangene auch noch selber bezahlen.

Das Krummschließen geht so vor sich: Der Gefangene hockt sich nieder, legt das Handgelenk der linken Hand an den Knöchel des rechten Fußes und das Handgelenk der rechten an den Knöchel des linken Fußes, darauf werden Hände und Füße durch eine eiserne Kette zusammengezogen und festgeschlossen. Die jugendlichen Gefangenen legt man auf Bauch und Brust und schließt ihnen die Hände und Füße von hinten zusammen, so daß sie rund wie ein Bogen daliegen. Es vergeht keine Viertelstunde, so fällt der Gefesselte um, Hände und Füße laufen blau an, meist gesellt sich noch Muskelkrampf hinzu und der Gefangene liegt in vollständig gelähmtem, apathischem Zustande auf der Erde; nach Abnahme der Kette kann er stundenlang weder eine Muskel noch ein Glied rühren. Sehr oft mußten Gefangene nach erlittenem Krummschluß sofort ins Spital geführt werden und für viele dürfte diese „Hausstrafe“ der Keim zu lebenslänglichem Siechthum werden. Die Procedur des Krummschließens wird in Laufen in die Zeit des „Diners“ verlegt, nämlich von 10 Uhr früh bis 2 Uhr Nachmittags. Sind die 4 Stündchen verstrichen, so steht für den Gemarterten ein Stück Brot und ein Eimer Brunnenwasser bereit.

Als seinerzeit Mac Kennan seine Schilderung der Gefängnißzustände Sibiriens veröffentlicht hatte, ging durch die ganze civilisirte Welt das Gefühl der Empörung. Deutschland hat aber keine besondere Ursache, über die russische Barbarei zu zetern. Wie die Schilderungen zeigen, die bald über dieses, bald über jenes deutsche Gefängniß veröffentlicht werden, steht es im Verhältniß zu der höheren Culturstufe, die das deutsche Volk einnimmt, bei uns um den Strafvollzug nicht besser, sondern hier und da vielleicht noch schlechter als in Rußland.

Termin der Reichstagswahlen. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Stuttgart geschrieben, daß das dortige Ministerium des Innern an die bürgerlichen Collegien der Städte des Wahlkreises, in welchem eine Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Freiherrn von Gültlingen stattgefunden hat, die vertrauliche Anfrage gerichtet habe, ob im Bezirk eine Strömung für die Vornahme einer sofortigen Neuwahl wahrzunehmen sei, oder ob die Wahl mit den allgemeinen Wahlen vorgenommen werden solle, da der neue Abgeordnete kaum noch an den Berathungen des Reichstages Theil nehmen könne. Aus der Anfrage geht hervor, daß nach Ansicht der württembergischen Regierung die Reichstagssession sich schwerlich noch über den Monat März hinaus erstrecken wird.

Aus dem Reiche Thielens. In Essen hatte sich der Bahnwärter Jacob Schmidthuysen aus Osterfeld wegen des Eisenbahnunglücks, das sich am 30. December vorigen Jahres bei Osterfeld zutrug, zu verantworten. In Wirklichkeit wurde aber die Verwaltung angeklagt. Es wurde festgestellt, daß der Bahnwärter, der ein pflichttreuer Beamter und nicht vorbestraft war, für täglich zwölfstündige Arbeit ein Gehalt von 852 Mark bezog und, um Frau und 6 Kinder zu ernähren, noch nebenbei das Schuhmacher-Handwerk betreiben mußte. Am Tage des Unglücks hatte er nur 2—3 Stunden geschlafen. Trotzdem die Vorgesetzten dem Angeklagten das beste Zeugniß ausstellten, beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängniß. Das Gericht schloß sich dem Staatsanwalt an und verurtheilte Schmidthuysen, unter Anerkennung seiner tadellosen Führung, zu drei Monaten Gefängniß und Tragung der Kosten. Außerdem wurde der Verurtheilte für die Zukunft als dienstunfähig erklärt.

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von A. E. Brachvogel.

44] (Nachdruck verboten.)

Der Druck der „Deutschen Chronik“ wurde per „Senatsdecret“ verboten! — Schubart und Stage lachten, ließen das Blatt fortan zu Ulm bei Wagner drucken wie versenden, und die Abonnenten häuften sich. Christian hatte endlich den Zweck seines Lebens, [illegible] den Boden für seine Schnellkraft gefunden, und je sicherer er sich in diesem Terrain fühlte, je süßere Befriedigung, hellerer Dank gegen Gott sein Gemüth ergriff, desto voller, idealer wurde sein Ton, desto funkelnder jedes neue Bild, desto reiner, edler, würdevoller die Moral, welche er lehrte, um so neuer, ungewöhnlicher diese Geistes[illegible], welche über die Lande ging, um Alles, was schön, erhaben, kraftvoll war, in vollen Jubeltönen zu preisen, alles Verwerfliche auf den Richtplatz der öffentlichen Meinung zu schleifen und mit Donnerkeilen zu zermalmen.

Wohin in Deutschland der Wind dies Blatt nur wehte, weckte es Staunen und die tiefste Erregung!

„Das ist ein Prometheus, mein erträumter Prometheus!“ flüsterte Haug. „Herr Gott, was hast du in Schubart für Gewalt gelegt! Der Mann wirkt in einer Zeile mehr als zehn unserer Bücher in einem Menschenalter!“

Die alte Correspondenz beider Freunde stellte sich wieder her, Haug forderte Schubart zu belletristischen Beiträgen für sein „Schwäbisches Magazin“ auf, und Christian ward sein Mitarbeiter.

„Haben Sie denn die neue Schubart'sche Chroniknummer gelesen?“ das ward die Parole aller Gebildeten. — Jeder, der Schubart einst gekannt und der sich gewisser Dinge schuldig wußte, zitterte, wenn er die Zeitung in die Hand nahm. — Es war Anfang 75. Die Zöglinge der Karlsschule waren [illegible] zum Abendessen commandirt und begaben sich in den Schlafsaal, die Uniform anzulegen, ohne welche man nicht bei Tische erscheinen durfte.

„Fritz, Fritz!“ flüsterte Scharfenstein, „eine Neuigkeit, ein Phänomen, ein Wetterstrahl!“

„Was ist denn los? Ist 'ne Käsemilbe zum Elephanten worden, oder hat der Teufel einmal den Corporal Spiegelberg geholt?“

„Nein, still doch! Es ist etwas Ungeheures, Unendliches! Eine freigeisterische Zeitung ist los!“

„Aber wie, sage doch?“

„Der „Allmächtige“ hat sechs Nummern ergattert! Nur vorsichtig! Der Spiegelberg hat heute wieder seinen stillen Sauftag. Hast Du 'n paar Kreuzer? Ich muß Geld haben, damit der Spiegelberg sich ganz um's Hirn trinken kann. Wenn er dann wie 'ne Ratte schläft, stehen wir Beide, Hoven und der „Allmächtige“ auf und lesen's. Ich hab' nur ein paar Sätze durchfliegen können, aber ich sag' Dir, Kerl, wenn da Einer nicht brennt lichterloh an Leib und Seel', der muß nur ein bloßes Loch sein, mit Rhinocerosleder [illegible]! Da ist der Spiegelberg schon, uns abzurufen. Sieh, wie dem Schuft die Augen glänzen, er hat wenigstens bereits ein gestrichen Maß eau de vie im Leibe!“

Schiller gab rasch seine Baarschaft her. Unter Tisch ward heimlich durch den „Allmächtigen“ gesammelt, ein [illegible] des jungen [illegible] von Nassau, nämlich, welcher trotz Disciplin und Strafe stets das [illegible] zu [illegible], in [illegible] verbotener Gegenstände eine [illegible] zu entwickeln wußte. [illegible] Schiller's [illegible] erst einige Dramen des Shakespeare [illegible] confiscirt worden, ein [illegible]

[illegible] nach allem Neuen hungrig, was seinem rastlosen Geiste frische Nahrung zu geben vermochte.

Endlich war abgespeist.

„Achtung!“ commandirte Rieß. — „Auf — stehn!“ — Mit dem Worte „auf“ hatte jeder Zögling sich auf die rechte Seite des Stuhles gedreht und mit der einen Hand die Lehne ergriffen, bei dem Worte „stehn“ sich mit einem Ruck erhoben.

„Wegtreten!“ — Die jungen Leute machten einen Schritt rechts nach der Seite.

„Front! — Zum — Beten!“ — In eine Front formirt, schlugen sie a tempo die Hände zusammen und ein kurzes Gemurmel bezeichnete den Abendsegen.

„Rechts schwenkt, — Marsch!“ — Die Divisionen verließen den Speisesaal und eilten mit [illegible] Schritt in ihre [illegible] Schlafsäle.

„Zieht Euch jetzt ohne ein Wort Plauderns aus und thut, als wenn Ihr schlaft,“ flüsterte der „Allmächtige“, „Spiegelberg hat das Geld schon, wenn ich huste, ist's Zeit!“

Man ging wortlos zu Bett. — Der Saal, in welchem etwa fünfzig Mann der [illegible] schliefen, hatte der Länge nach zwei Reihen [illegible] Säulen. An jeder dieser [illegible] Säulen befand sich links und rechts ein Bett, über dem ein [illegible] an der Wand [illegible] [illegible]

Ueber eine Reorganisation der Polizei soll, wie die „Köln. Ztg." zu melden weiß, in einer Conferenz von Polizeipräsidenten der größeren preußischen Städte auf Grund der vor einigen Monaten erfolgten Informationsreise des Berliner Polizeipräsidenten v. Windheim demnächst in Berlin berathen werden.

Eine Verschärfung der Salzsteuer scheint von Herrn v. Miquel geplant zu werden. Die „Neue Berl. Corr." berichtet nämlich:

„§ 20, 3 des Salzsteuer-Gesetzes bestimmt, daß Salz, das zum Einpökeln von Heringen und „ähnlichen Fischen" dient, steuerfrei ist. Unter „ähnlichen Fischen" versteht man in Preußen die Fische, die den breiten Volksschichten als Nahrungsmittel dienen. Es sind dies Sprotten, Breitlinge, nordische Sardellen, Schellfisch, Kabliaus, Störe, Schollen, gewöhnliche Butten, Steinbutte und Maifische. Nun ist in den beiden Mecklenburg eine Bestimmung veröffentlicht worden, daß außer diesen eben erwähnten Fischen auch Hornfische, Dorsche, Flundern, Schnepel, Lachse und Makrelen den Heringen gleichzuachten seien. Diese Anordnung hat den preußischen Finanzminister veranlaßt, die Provinzial-Steuerbehörden zur Aeußerung darüber aufzufordern, inwieweit auch diese Fische als Nahrungsmittel im obigen Sinne anzusehen seien."

Daß man die unpopulärste indirekte Steuer noch weiter ausbauen will, kann nur die Stimmung gegen die Regierung verschärfen.

Als „bezahlte Agitatoren", welche „gewerbsmäßig die Verhetzung betreiben", werden von der Landraths- und sonstigen conservativen Presse die Wortführer der Socialdemokratie gern bezeichnet. Es ist demgegenüber interessant, einmal an das zu erinnern, was aus den jüngsten Verhandlungen des Bundes der Landwirthe hervorging. Dieser Bund hat die Politik längst zum Geschäft gemacht, er zählt nicht weniger als 85 Beamte und 18 Geschäftsführer. So viel werden wenigstens zugegeben. Sind die „Bauerngroschen" etwa weniger werth als die „Arbeitergroschen"? Oder ist es entehrend — das ist doch der den socialdemokratischen Partei angestellten gemachte Vorwurf — von Arbeitergroschen sich zu „mästen", dagegen aber verdienstlich, die halbe Million Bauerngroschen einzustecken, die im letzten Jahre aufgebraucht wurden, obgleich das Jahr nicht einmal ein Wahljahr war? Wir wollen doch einmal sehen, ob nun die „Mast" durch die Arbeitergroschen aus den conservativen Organen verschwindet.

„Genirt hat uns das Gesetz nicht". Zum Parteitag in Dresden haben die Conservativen an vielen Orten Delegirte in Vereinsversammlungen gewählt; das Gleiche thun jetzt die Nationalliberalen behufs Abhaltung eines Parteitags in Magdeburg. Conservative und Nationalliberale genirt eben das preußische Vereinsgesetz, das politischen Vereinen das Zusammenwirken verbietet, nicht im Geringsten, wie ein nationalliberaler Abgeordneter unlängst in öffentlicher Versammlung selbst zugegeben hat. Daß es eine Pflicht des Anstandes wäre, auf die Aufhebung des Paragraphen, der nur noch die anderen Parteien genirt, zu dringen, daran denken weder Nationalliberale noch Conservative.

In dem Disciplinarverfahren gegen den Criminalcommissar v. Tausch hat der Vertheidiger in diesen Tagen die Berufungsschrift des öffentlichen Anklägers beantwortet, so daß die Angelegenheit nunmehr an den Disciplinarhof gelangen wird, der dem Staatsministerium für dessen endgiltiges Urtheil ein Rechtsgutachten zu erstatten hat.

Ausland.

Oesterreich. In das Comitee für die Betheiligung an der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 sind von der österreichischen Regierung auch zwei Socialdemokraten berufen, und zwar in das Specialcomitee für die Ausstellung der Presse der Herausgeber der Wiener „Arbeiter-Zeitung", Dr. Viktor Adler, und in das Specialcomitee für Socialökonomie, Hygiene und öffentliches Hilfswesen der Reichsraths-Abgeordnete Dr. Leo Verkauf.

Ungarn. Eine anständige Verwaltung und eine vernünftige Steuerpolitik, statt des Standrechts und der Bajonnette, das empfiehlt sogar die „Köln. Zeitung" der ungarischen Regierung als einzige Hilfsmittel gegen den begonnenen Aufstand des Landvolks. Selbstverständlich kann sich das nationalliberale Blatt nicht versagen, zunächst einige Verdächtigungen der „socialdemokratischen Führer" an den Mann zu bringen, weil diese die Feldarbeiter in den Kreis ihrer Agitation gezogen haben sollen. Dann aber heißt es: „Heute sind es nicht blos Feldarbeiter, sondern in erster Reihe die in manchen Gegenden fast an den Bettelstab gebrachten bäuerlichen Kleinbesitzer, die die Bewegung unterhalten. Die Wirthschaftspolitik, die im Laufe der dreißig Jahre alle Lasten des magyarischen Luxusstaates auf den Grundbesitz wälzte, während die hiesige (d. h. ungarische) Scheinindustrie — mit Ausnahme der vom Staat erhaltenen Zweige handelt es sich ja durchweg um österreichische Zweigunternehmungen — förmlich beschenkt wurde, ist die Hauptursache dieses Uebelstandes, den die landwirthschaftliche Krisis und die Mißernten der letzten Jahre heute beinahe in allen Gegenden des Landes deutlich hervortreten lassen. Eine weitere Ursache ist in der schlechten Verwaltung und in erster Reihe in einer unerhörten Vergewaltigung der Gemeinden zu suchen, denen die in Willkür erzogenen Obergespane und Stuhlrichter eine Steuerlast nach der anderen aufbürden, ohne daß das Land den entsprechenden Nutzen davon hätte. So ist es gekommen, daß die bäuerlichen Kleinbesitzer in den meisten Gegenden zu Grunde gegangen sind. Der regierungsfreundliche Abgeordnete Rohonczy hat kürzlich in einer Rede selber eingestanden, daß es im Banat, also in der reichsten Gegend des Landes, bäuerliche Grundeigenthümer giebt, denen in Folge der drückenden Steuern für ihren Lebensunterhalt gar nichts übrig bleibt; sie sind gezwungen, sich mit Tagelohn zu verdingen. Hierin liegt die eigentliche Gefahr und der Grund dafür, daß die Bewegung nicht so sehr einen socialistischen Charakter im westeuropäischen Sinne an sich trägt, sondern vielmehr rein communistischer Natur ist. Der Staat hat den Bauer um sein Bodenerträgniß gebracht, jetzt fordert er von ihm eine neue Theilung des Grundbesitzes. Diejenigen, die noch haben, sollen hergeben, sonst müsse man es ihnen mit Gewalt entreißen. So lautet die Parole. Die socialistischen Agitatoren sind dabei nur soweit im Spiele, als sie sich in gewandter Weise in den Dienst dieser Auffassung stellen und den Glauben an die Möglichkeit einer solchen Lösung wachhalten."

Was die ungarischen Feldarbeiter betrifft, so sind deren Forderungen so bescheiden, daß man sie nur aufzuzählen braucht, um das Gerede vom „Theilen" und vom „Communismus" in seiner ganzen Lügenhaftigkeit erscheinen zu lassen. Die „Theiler" sind ganz Andere, die Herren Großgrundbesitzer nämlich! Die letzte Nummer des Feldarbeiterblattes „Földmivelö" veröffentlicht folgende Wünsche der Socialisten in der Gemeinde Anarcs im Szabolczer Comitate. Sie fordern demnach, daß die Gutsbesitzer und Pächter den Arbeitern die Hälfte und nicht wie bisher ein Drittel der Produkte der bearbeiteten Felder überlassen sollen und daß der „Wucher", d. h. die dem Arbeitgeber gebührenden Abgaben an Eiern, Hühnern und dergleichen abgeschafft werde. Ferner verlangen sie, daß die Arbeiter aus fremden Gemeinden weder Fuhren noch Feldarbeit erhalten dürfen, daß man den Anarcsern die ihnen weggenommenen Getreidestapelplätze wiedergebe, daß die Sonntags- und Feiertagsruhe pünktlich eingehalten werde, daß man die Progressivsteuer einführe, die Wasserleitungsgebühren abschaffe und eine im Szabolczer Comitat noch bestehende Art der Robot (Frohndienste) einstelle. Schließlich verlangen die Arbeiter, daß die Häusler der Gemeinde dem Seelsorger nur auf Grund ihres Tagelohnes und nicht auf Grund ihres früher besessenen Ackerlandes zahlen sollen.

Danach möge man die Angaben der „Köln. Ztg." corrigiren.

Wie die „Neue Freie Presse" aus Krakau meldet, beschloß der Gerichtshof, das von dem Vertheidiger des socialdemokratischen Abgeordneten Daszynski vorgelegte ärztliche Zeugniß nicht zu berücksichtigen, jedoch mit der Ausschreibung der Verhandlung bis zur Rückkehr Daszynski's einzuhalten, da gemäß des Vertrages mit der Schweiz dem in Zürich weilenden Daszynski eine Vorladung zur Verhandlung wegen Aufwiegelung, somit wegen eines politischen Vergehens, nicht zugestellt werden kann.

Belgien. Ein Nachspiel vom Bergarbeiterstreik in Mons. Das Zuchtpolizeigericht in Mons sprach gestern das Urtheil über die socialistischen Deputirten Roger und Brenez, die angeklagt waren, den Bürgermeister von Houtrage geschlagen und beleidigt zu haben. Roger erhielt wegen Verletzung zwei Monate und wegen Beleidigung zwei Wochen Gefängniß; Brenez wurde wegen Beleidigung zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt.

Afrika. Aus Pretoria wird gemeldet: Oberrichter Kotze ist durch Beschluß der Executive gemäß Artikel 4 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes von 1897 aus seinem Amte entlassen worden. Die Regierung war der Ansicht, daß der Umstand, daß Kotze im März v. J. seine Zustimmung zu dem genannten Gesetze verweigerte, die weitere Belassung desselben in seinem Amte unmöglich mache. Staatsanwalt Gregor Owski ist als stellvertretender Oberrichter vereidigt worden.

Die Transvaalregierung hat also vernünftiger Weise dem Versuch, das amerikanische System einzuführen, wonach Richter sich anmaßen, rechtsgiltig beschlossene Gesetze für ungiltig zu erklären, ein rasches Ende gemacht.

Der Herr Oberrichter hat sich jedoch zur Wehr gesetzt. Er richtete an die Advokaten ein Schreiben, in welchem er mittheilt, daß er die Gerichtssitzungen auf unbestimmte Zeit vertage. Die Sachwalter erschienen jedoch, und es wurde wie gewöhnlich über die vorliegenden Sachen verhandelt. Kotze richtete auch an die Regierung ein Schreiben, in welchem er es ablehnt, seine Entlassung anzunehmen, welche er für ungesetzlich halte. Kotze beruft sich dabei auf die Verfassung, die Londoner Convention und andere Gesetze. Präsident Krüger erwiderte, er halte seine Entscheidung aufrecht, durch welche er den Oberrichter seines Amtes entsetzt habe.

Deutscher Reichstag.

Die heutige Berathung des Militäretats brachte gleich zu Beginn der Sitzung eine große wirkungsvolle Rede Bebels. Der unerschrockene Vorkämpfer für Wahrheit und Recht läßt es sich nicht verdrießen in jedem Jahr Material über die zahlreichen Mißstände im Heere zu sammeln. Die Soldatenmißhandlungen stehen dabei natürlich obenan. So schlagendes Material wie diesmal hatte der Kriegsminister aber gewiß nicht erwartet. Während er es in früheren Jahren liebte eine kleine Unrichtigkeit in dem von Bebel Vorgetragenen ausfindig zu machen und sich daran anzuklammern, mußte er dieses Bemühen diesmal aufgeben. Soweit er auf thatsächliche Angaben Bebels einging, mußte er Wort für Wort als richtig zugeben. Um seinem Aerger darüber Luft zu machen, behandelte er die sonstigen Ausführungen Bebels über das Milizsystem, über das Hineintragen von Politik in die Armee mit allerlei Witzeleien und suchte sie so in einem überlegenen Tone kurzer Hand abzuthun. Das steht dem Herrn Kriegsminister aber nicht, wirklich nicht. Auch mit dem Generalauditeur Ittenbach, der von den Gräueln amerikanischer Militärjustiz erzählt hatte, pflückte Bebel sein Hühnchen. Der oberste richterliche Militärbeamte mußte zugeben, daß er Gräuel aus den amerikanischen Bürgerkriegen erzählt hatte, die seit 25 Jahren schon durch Gesetz beseitigt sind. Unser Genosse Kunert ergänzte die Rede Bebels recht glücklich. Er zeigte an krassen Beispielen, wie oft den Soldaten durch reine Chicane die Sonntagsruhe illusorisch gemacht werde und legte die Sonde der Kritik an die Verhältnisse in den Militärwerkstätten, an die Mißstände bei der Vergebung von Militärlieferungen und die damit verbundenen Lohndrückereien. Die Herren von der Militärverwaltung mußten darauf nichts Rechtes zu erwidern. Der heutige Tag gehörte wieder einmal der Socialdemokratie.

44. Sitzung. Freitag, 18. Februar 1898. — 2 Uhr.

Die zweite Etatsberathung wird beim Militäretat fortgesetzt, und zwar beim Titel „Kriegsminister".

Abg. **Lingens** (Centr.) [auf der Tribüne schwer verständlich] spricht für erhöhte Sonntagsruhe unter den Soldaten.

Kriegsminister v. **Goßler:** Auf die schriftlich eingereichten Fragen wird schriftlich geantwortet werden; die Verwaltung ist bemüht, allen berechtigten Wünschen der katholischen Soldaten Sorge zu tragen.

Abg. **Bebel** (Soc.): Wenn hier von Mißständen in der Militärverwaltung gesprochen wurde, und sich auch nur das Geringste von dem Behaupteten als nicht ganz zutreffend erwies, dann sprach man gleich von falschen Mittheilungen und von Schädigung der Armee. Die meisten Anklagen können aber aus dem Grunde nicht vollständig als wahr erwiesen werden, weil diejenigen, die die Beschwerden vorzubringen haben, in der Regel sich scheuen, der Wahrheit gemäß auszusagen. Mißhandlungen in der Armee geschehen immer und wahrscheinlich viel mehr, als die höheren Vorgesetzten je zu wissen bekommen. Um so mehr ist es die Pflicht des Volksvertreters, da zu reden, wo die Betroffenen schweigen müssen.

Heute will ich nur zwei eclatante Fälle anführen: der erste betrifft den Gemeinen Marzillier, von dem ich in voriger Session bereits gesprochen. Marzillier stand in Königsberg beim 2. ostpreußischen Regimente und hat dort Selbstmord verübt. Sein Bruder hörte nun daß der Todte das Opfer von Mißhandlungen geworden sei, er bewirkte ein Ermittelungsverfahren, das aber resultatlos verlief. Erst als die Kameraden seines Bruders vom Militär entlassen waren, wagten sie es, in einer neuen Untersuchung jene Angaben zu machen; nunmehr wurde der betreffende Unteroffizier wegen der Mißhandlungen mit sechs Monaten bestraft und zum Gemeinen degradirt. Also: die Soldaten hatten es nicht gewagt, den wahren Sachverhalt anzugeben! Sie sehen, woher es kommt, daß die Anklagen, die ich hier erhebe, nicht begründet werden können.

Der zweite Fall ist dem ersten durchaus ähnlich. Der Arbeiter Peter Mohr erfährt, daß sein Bruder, der in Wesel diente, an der Lungenentzündung gestorben ist; Kameraden seines Bruders tragen ihm zu, daß der Todte von einem Unteroffizier und einem Gefreiten unerhört mißhandelt worden sei; sie hätten nur keine Anzeige gemacht, weil sie fürchteten, zu sehr maltraitirt zu werden. Die nachfolgende Untersuchung ergiebt, daß Mohr auf barbarische Weise behandelt worden ist: er ist wiederholt blutig geschlagen worden, er ist vor den Leib getreten worden, so daß er keinen Urin mehr lassen konnte, man hatte ihn gezwungen, in voller Rüstung vor den Augen der Umstehenden widernatürliche Handlungen an sich zu begehen, er wurde er zur Verzweiflung getrieben, brachte vier Nächte im Freien zu und holte sich da seine Lungenentzündung. Als sein Bruder nun die Untersuchung veranlaßte, wurde er von dem Feldwebel und ...

Mühseligkeit wegen, die der Herr Corporal mit uns genügend haben" — doch noch einen Schlaftrunk beibringt, um in der Umarmung der Flasche des Tages Last zu vergessen. Er pflegte scheinbar überaus gewissenhaft und eifrig zu sein, was er durch schonungslose Grobheit bekundete, doch ließ er aus natürlicher Trägheit Vieles hingehen, worauf er eigentlich zu achten hatte. Als die Eleven schliefen, schritt er, mit einer Blendlaterne bewaffnet, von Bett zu Bett und inspicirte.

„Alles in Ordnung!" grunzte er zur Selbstbekräftigung vor sich hin, dann wandte er zum Ende des Saales nach seinem Lager zurück, zog sich aus, legte sich und schloß die Klappe seiner Laterne, so daß sie brennen blieb, aber jeden Schein verlor. Im traulichen Dunkel holte er nun die geliebte Trösterin unter dem Kopfkissen hervor und schwelgte in ihrem feurigen Kusse, bis die Nebel seines Hirns dichter und dichter wurden und er tief entschlummerte.

Schiller und die Verschworenen hatten mit pochendem Herzen diesen Augenblick erwartet. Endlich hustete der „Allmächtige". — Alle richteten sich wie auf ein Trompetensignal empor.

Leise schlich einer durch den Saal. — „Hoven, Scharffenstein, Schiller, seid Ihr wach?" flüsterte Kapff.

„Gewiß," antwortete Scharffenstein. „Hier ist auch Licht, aber woher Feuer?"

„Dafür ist längst gesorgt, ich hab' des Spiegelberg Laterne; er schläft wie ein Stier. Kommt nur zu Schiller's Bett, der liegt am weitesten ab! — Schiller! — Friedrich!"

„Hier bin ich! Hierher, „Allmächtiger"!" flüsterte Schiller und reichte dem tastenden Kapff die Hand.

Der „Allmächtige" trat an sein Bett und öffnete vorsichtig die Blendlaterne. — Schiller's lange Gestalt saß gespenstisch auf der Bettkante, Scharffenstein, Friedrich von Hoven, Wolzogen, von Moor und Kapff hockten entkleidet um ihn her, und Kapff, die Laterne auf den Boden legend, zog aus dem Aermel seines Hemdes ein Paar Zeitungsblätter.

„Hört, Kinder," begann er flüsternd, „so 'ne Zeitung, schwere Kanonen, hat's in weiter Welt noch nicht gegeben! Eine Schrift für die Freiheit, gegen Pfaffen und Gewaltthat!"

„Kapff, bist Du toll?" schrie Schiller auf.

Alle fuhren zusammen und duckten sich.

„Ich bitt' Dich um Himmels willen, Friedrich," flüsterte Scharffenstein, „[illegible]! Wenn heut gerade Nachtrunde ist, sind wir Alle geliefert!"

„Aber so gieb her, was ist's, von wem denn?!"

„Ruhig doch, Fritz, hör' zu!" sagte der „Allmächtige". „Dieses Blatt heißt die Deutsche Chronik; die ersten Nummern kamen in Augsburg, die anderen in Ulm 'raus; 's ist ja in Augsburg gleich verboten worden, und der Autor Schubart ward von den Augsburger Pfaffen vertrieben!"

„Schubart? Aus einer Reichsstadt vertrieben?!" fuhr Schiller auf.

„Der war ja auch in Ludwigsburg Musiker," sagte Hoven hastig. „Ist vom Herzog verbannt worden! Mein Vater kannte ihn sehr gut; er soll ein verteufelt Mundwerk haben! — Nehm' Jeder ein Blatt, und wer 'was findet, lest's vor, — aber ja leise!"

Bald hatte dies seltsame Collegium sich bei der Blendlaterne um die vertheilten Blätter der Deutschen Chronik gruppirt.

„Himmelwetter!" fuhr Schiller empor, „hört"!

„[illegible]
[illegible]
[illegible]
Da wird er ein Schulmeisterlein!"

Ein kaum unterdrückter Aufschrei erfolgte.

„Das ist der Herzog, unsere Schule und der Verfassungs-Handel!" lachte Kapff.

(Fortsetzung folgt.)

Lieutenant auf das Empörendste behandelt; es wurde ihm gesagt: daß er wegen solch' einer Bagatelle nicht dem Hauptmann hätte Meldung machen sollen. — Diese beiden Fälle zeigen wohl zur Genüge, daß die Schäden in der Militärverwaltung durch eine Militärstrafprozeßreform allein nicht beseitigt werden können. Man muß einen Zustand schaffen, in dem die Soldaten nicht Gefahr laufen, für Anzeigen noch bestraft zu werden.

Nun noch eines: Wenn von den Dingen, die wir hier aufführen, auch nur das Allergeringste bis auf das i-Tüpfelchen zutrifft, so ist es stets der Herr Generalauditeur Ittenbach, der ganz besonders entrüstet thut. Nun hat dieser Herr kürzlich behauptet, daß es mit der militärischen Gerichtsbarkeit anderswo noch viel schlimmer bestellt sei, z. B. in der nordamerikanischen Union. Er führte eine Reihe von Bestrafungen an, wie sie dort üblich sein sollen. Nun hat mittlerweile der amerikanische Generalauditeur erklärt, daß all' diese Strafen unmöglich seien, daß alle Angaben des Herrn Ittenbach vollständig falsch seien. (Hört! hört!) Also der ersten juristischen Autorität der Armee ist ein solcher Irrthum passirt, da sollte man doch auch uns eine kleine Ungenauigkeit zu Gute halten. Anderswo, z. B. in der Schweiz, werden solche Beschwerden der Volksvertretung ganz anders behandelt. In der Schweiz hat kürzlich der Bundesrath Müller bei Gelegenheit einer Interpellation unseres Genossen Wullschläger über derartige Ungehörigkeiten erklärt: Wir werden Ihnen immer dankbar sein für solche Mittheilungen und Ihnen stets gern Rede stehen! Bei uns hören wir in solchen Fällen nur: Das bringt Ihr nur vor, um die Armee zu discreditiren. Es ist traurig, daß es kein Mitglied der bürgerlichen Parteien wagt, hier diese Mißstände zu erörtern. (Sehr wahr b. d. Soc.) Dann könnten wir schweigen. So aber werde ich mich durch nichts beirren lassen, immer und immer wieder diese Fälle hier zur Sprache zu bringen, ob es Ihnen (zur Rechten) recht ist oder nicht. (Bravo! bei den Soc.) Bei uns muß sich die Presse hüten, ein offenes Wort über diese Dinge zu sagen, in der Schweiz ist es anders. Lesen Sie nur das Urtheil, das die „Züricher Post" über jenen Cavallerielieutenant gefällt hat, der seine Leute auf allen Vieren in der Reitbahn herumkriechen ließ. Sie nannte das ein Bubenstück und bezeichnete es als Feigheit, daß die Soldaten einem solchen Befehl gehorchten. Was würde einem deutschen Blatte geschehen, das ich nur den zehnten Theil schriebe!

[illegible] wird Politik in die Armee hineingetragen, natürlich Politik gegen die Socialdemokratie. So sagte der Hauptmann der 7. Compagnie des 81. Infanterie-Regiments, von Halben, bei einer Exercirübung zu einem jüdischen Soldaten: „Sie verfluchter Judenitzig, halten Sie Ihr Maul, sonst sperre ich Sie auf drei Tage ein." (Hört! hört! links.) Und ein Lieutenant sagte: „Juden und Socialdemokraten ist ein und dasselbe. Ihr dürft mit Keinem von Beiden verkehren, denn es sind lauter Schufte und Lumpen!" (Hört! hört! links.) Einem solchen Treiben muß entgegengetreten werden. Ein Oberst von Wedell warnte am Schluß einer Landwehrübung die Landwehrmänner vor den Irrlehren der Anarchisten, Demokraten und Socialdemokraten, die das Familienleben vernichteten. (Hört! hört! links.) Beim 5. rheinischen Infanterie-Regiment 65 erklärte im Winter 95/96 der Premierlieutenant in der Instructionsstunde: „Wenn Jemand von Euch im Wirthshause eine Majestätsbeleidigung sprechen hört, dann hat er seine Plempe zu ziehen und den Kerl so lange über den Kopf zu schlagen, bis er liegen bleibt." (Hört! hört! links.) Zum Glück sind die Soldaten vernünftiger, als ihre Vorgesetzten und richten sich nicht nach solchen Instructionen, die den Dienstvorschriften zuwider gegeben werden. Das Politiktreiben in der Armee nimmt immer mehr überhand. Wir halten uns fern davon. In unserer ganzen Parteipresse werden Sie nicht eine Aeußerung finden, die socialdemokratische Agitation im Heere empfiehlt, wohl aber zahlreiche Aeußerungen, in denen dringend davon abgerathen wird. Wir wären Thoren, wenn wir anders handelten. Wir würden es Jedem unserer Anhänger verübeln, wenn er als Soldat socialdemokratische Agitation triebe, denn wir warnen alle Genossen bei ihrem Eintritt in die Armee vor solchen. Mit der Flottenvorlage wird auch in der Armee Agitation getrieben. Das ist doch auch eine politische Frage. Es wird ferner nach wie vor vor dem innern und äußern Feind gewarnt. Es ist gesagt worden, nur ein guter Christ könne ein guter Soldat sein. Man mache doch ein Gesetz mit dem Grundparagraphen: Nur gute Christen dürfen Soldaten werden. Von jener Aeußerung war sogar der Kladderadatsch so berührt, daß er sich zu einer bildlichen Darstellung verleiten ließ, die ihm eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung zuzog. Wenn so von der allerhöchsten Stelle die Politik in die Armee getragen wird, —

Präs. Freiherr v. Buol: Ich muß den Redner ersuchen, die Allerhöchste Stelle nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. Bebel (fortfahrend): — dann versteht es sich ganz von selbst, daß die kleineren Geister diesem Vorgang folgen. Wir sind natürlich weit davon entfernt, die Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht zu tadeln, wir verlangen nur, daß ihre Grundsätze auch wirklich allgemein durchgeführt werden. Allerdings auf dem Boden der heutigen Heeresorganisation, der zweijährigen Dienstzeit, ist dies ohne colossale Mehrkosten unausführbar. Wir sind daher stets die entschiedensten Vertreter der allgemeinen Volkswehr gewesen. Der Herr Kriegsminister hat diese für unausführbar erklärt, aber er geht wohl dabei von der Annahme aus, als solle mit allem Bestehenden tabula rasa gemacht werden, um sofort die Volkswehr einzuführen. Selbstverständlich aber halten auch wir eine Uebergangszeit für nothwendig, denn bei der heutigen politischen Constellation darf kein großer Staat es wagen, auch nur einen Tag ungerüstet zu bleiben. Doch selbst trotz dieser nothwendigen Uebergangszeit würden die Kosten der Einrichtung einer allgemeinen Volkswehr durchaus nicht hoch sein. In der Schweiz ist dieselbe eingeführt und trotzdem haben wir im laufenden Jahre eine absolute Mehrausgabe von 265 Millionen Mark für unser Militärbudget gegenüber der Schweiz. Allerdings wäre auch die Einrichtung der militärischen Jugenderziehung, die mit dem 10. Jahre zu beginnen hätte, damit untrennbar verbunden. Rechnen wir jedoch auch die Kosten für diese noch hinzu, so würden doch nach meiner Schätzung die Kosten für das Militärbudget um 200 Millionen gegenüber den jetzigen Ausgaben zurückbleiben. Der Nutzen einer solchen Jugendausbildung würde übrigens auch auf die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation sehr günstig einwirken. Man sollte sich also doch ernsthaft mit der Durchführbarkeit dieses Systems beschäftigen. Es scheint aber, daß bei uns zu jedem Fortschritt erst die schwere Noth der Zeit drängen muß. (Bravo bei den Soc.)

Kriegsminister v. Goßler: Wenn der Vorredner Beschwerden nicht zu prüfen in der Lage ist, so sollte er sie lieber ganz unterlassen oder das Material wenigstens vorher der Regierung mittheilen, damit sie die Sache aufklären kann. Heute bin ich nun nicht in der Lage, dem Vorredner in den einzelnen Fällen zu antworten. Wenn Abg. Bebel aber sagt, die Soldaten scheuten sich, sich zu beschweren, so kann ich ihm nur sagen, früher war das nicht so. Solche Scheu wäre gleichbedeutend mit Mangel an Muth, an Moral. Abg. Bebel sollte den Leuten sagen: Habt den Muth, Euch zu beschweren. (Beifall.) Wenn die Leute den Muth nicht haben, so liegt das zum Theil an den socialdemokratischen Agitationen, durch die das Vertrauen zu den Vorgesetzten erschüttert wird. In den beiden Mißhandlungsfällen ist Bestrafung der Schuldigen eingetreten, wie Abg. Bebel selbst anerkannt hat. Daß die frühere Untersuchung zu einem Resultate nicht geführt hat, liegt daran, daß die Zeugen eben auch nicht den Muth hatten, auszusagen. Daß die Politik in die Instructionsstunde getragen worden sei, ist für mich uncontrolirbar. Wo es nachgewiesen werden sollte, würde Bestrafung eintreten. Daß Soldaten in politische Versammlungen geführt werden, um Vorträge über die Flotte anzuhören, glaube ich nicht. Der Hinweis des Kaisers auf die christliche Religion in jener feierlichen Stunde vor dem Altar war jedenfalls durchaus berechtigt. Es war durchaus angebracht, die Soldaten auf die Macht des Christenthums hinzuweisen. (Beifall rechts.) Ueber diese Frage werde ich aber ebensowenig mit dem Abg. Bebel einig werden, wie über die Miliziffrage. Nach meinen neulich mitgetheilten Berechnungen würde das Milizsystem viel theurer sein, als Abg. Bebel anzunehmen scheint. Daß die Zeit der Noth uns jemals zwingen werde, das System des Abg. Bebel zu acceptiren, glaube ich nicht. Würden wir dazu genöthigt, so wären wir verloren. (Beifall rechts.)

Generalauditeur Ittenbach: Ich kann nicht zugeben, daß ich am 17. Dezember etwas Unrichtiges über die Strafen in den Vereinigten Staaten behauptet habe. Gegenüber der Darstellung, daß unser Verfahren ein barbarisches sei, habe ich auf zwei Urtheile hingewiesen, die in der Zeitung für Heer und Marine in New-York im Jahre 1871 abgedruckt waren. Unser Militärstrafgesetzbuch von 1845 hat danach die amerikanische Gesetzgebung an Milde und Humanität um ein Vierteljahrhundert geschlagen. Auf diesen Vorsprung habe ich hingewiesen, und dieser Vorsprung besteht noch heute, wie der amerikanische Generalauditeur Dr. Lieber in dem vom Abg. Bebel erwähnten Briefe anerkennen muß. Es bestand dort noch bis Mitte der 81er Jahre das Kahlscheeren und das Prangerstehen. Man kennt ferner heute noch die schimpfliche Ausstoßung aus dem Heere. Auch das Kettenschleppen gehört heute noch zu den gesetzlichen Strafmitteln in Amerika. Die Strafe kann also von den Gerichten auch verhängt werden. Ich habe somit nichts Unrichtiges behauptet. Ich habe oben nur von der Gesetzgebung gesprochen, nicht von der Handhabung. Diese Kritik liegt mir fern. Ich wünschte, daß man auch die Urtheile unserer Militärgerichte ebenso schonend behandelte. Daß dies nicht der Fall ist, dafür haben wir aber nur zu oft Beweise. (Beifall rechts.)

Abg. Kunert (Soc.): Das deutsche Heer und das amerikanische sind nicht mit einander zu vergleichen. Aber auch in anderen Ländern sind die Ausführungen, die Herr Ittenbach bei der ersten Berathung der Militärstrafgerichtsordnung bemängelt worden, z. B. in Oesterreich. Dem Kriegsminister zunächst das Material zu Füßen zu legen, bevor wir unsere Beschwerden hier vorbringen, davon kann nur und nimmer die Rede sein; das würde der Würde eines Volksvertreters widersprechen. (Oho! rechts.) Redner beschwert sich dann im Anschluß an eingegangene Petitionen über mangelndes Entgegenkommen der Armee-Verwaltung gegen die Wünsche der Handwerker und Arbeiter. Sie drücke die Preise, wo es nur irgend geht. Die Folge sei natürlich, daß die Löhne herabgingen. In ihren eigenen Werkstätten zahle die Verwaltung auch besonders niedrige Löhne. Hier bei Berlin sei kürzlich von einer Kasernenverwaltung ein Schreiber gesucht worden, der als Entschädigung monatlich 30 Mark erhalten sollte. In den Militärwerkstätten würden nicht einmal die nothwendigsten Arbeiterschutzvorrichtungen angebracht. Die Sonntagsruhe werde für die Arbeiter derselben völlig illusorisch gemacht. In einem sächsischen Militärgefängniß sei Jahr für Jahr Sonntags gearbeitet worden; das sei geradezu eine Schmach für die sächsische Militärverwaltung. Der Reichstag mag hinsichtlich der Sonntagsruhe beschließen was er will, der Bundesrath kümmert sich nicht darum. Das beweist, daß es in ganz Deutschland keinen größeren Hemmschuh giebt, als den Bundesrath (Heiterkeit.) Das Sittengesetz sagt dem Soldaten: Du sollst den Feiertag heiligen, der Militarismus sagt ihm: Du mußt darauf pfeifen. Das Sittengesetz sagt dem Soldaten: Du sollst Vater und Mutter ehren. Der Militarismus sagt ihm: Du mußt auf Vater und Mutter schießen, wenn ich es befehle. Sic volo sic jubeo. In der Sache liegt System. Wollte man antikisiren, so könnte man es System Caligula nennen. Wem es bequemer liegt, kann auch einen modernen Namen an die Stelle Caligulas setzen. Das Volk aber hat die Pflicht, seine höchsten Güter zu schützen und diesem verderblichen System das verdiente schmähliche Ende zu bereiten. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goßler: Auf die vom Vorredner erwähnten Einzelheiten will ich nicht eingehen. Ueber die Sonntagsruhe bestehen bestimmte Vorschriften des Kaisers, die der Vorredner nicht zu kennen scheint. Jedem Soldaten soll danach die Erfüllung seiner religiösen Pflichten ermöglicht werden. Für die weiteren Fälle bitte ich den Vorredner um sein Material, da ich sonst eine Untersuchung nicht einleiten kann. (Beifall.) Für unsere Arbeiter geschieht alles Mögliche. Wenn die Hetzereien der Socialdemokraten nicht wären, würden unsere Betriebe Musteranstalten sein.

Generalauditeur Ittenbach hebt nochmals hervor, daß man in den Militärgefängnissen der Armee die Kettenstrafe nicht kennt.

Generallieutenant v. Borcke erklärt, daß man bei den Lohnerhöhungen in Spandau keineswegs parteiisch verfahre. Die Fürsorge für den Arbeiterschutz sei ausreichend gewahrt. Die Anstalten unterständen der Gewerbeaufsicht. Lohnherabsetzungen würden nur vorgenommen, wenn Nothwendigkeit vorliege.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 2 Uhr. (Fortsetzung der ersten Berathung der Postdampfer-Subventionsvorlage.)

Schluß 5¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

Berlin, den 18. Februar.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern fort und bewilligte nach fast sechsstündiger Debatte das Gehalt des Ministers. Wer erwartet hatte, daß es zu großen Auseinandersetzungen kommen würde, wurde arg enttäuscht. Die häufigen Verstöße von Beamten gegen das Vereinsgesetz, ungerechtfertigte Auflösung von Versammlungen und andere wichtige Fragen, die wohl einer eingehenden Erörterung werth gewesen wären, wurden kaum gestreift, geschweige denn, daß ein Mitglied den Muth gefunden hätte, den Minister darüber zu interpelliren, wie es mit der versprochenen Aufhebung des Verbindungsverbots politischer Vereine steht. Die Herren haben sich gestern einmal etwas oppositionell gezeigt, sie glauben damit ein Heldenstück begangen zu haben und heute auf ihren Lorbeeren ausruhen zu können. Auf die polizeilichen Mißgriffe kamen nur die Abgg. Dr. Langerhans (frs. Vp) und Rickert (frs. Vg.) zurück; Ersterer gab der Polizei den Rath, lieber zehn Dirnen laufen zu lassen, als eine anständige Dame zu Unrecht zu arretiren, und Rickert empfahl dem Minister, in einem Circular seinen Beamten die Lectüre von Knigge's „Umgang mit Menschen" ans Herz zu legen. Die Angriffe auf die Presse wiesen Beide scharf zurück.

Einen großen Spielraum nehm in der Debatte die Kritik des Verhaltens der drei Landräthe in Hannover ein, die bekanntlich einen Wahlaufruf zu Gunsten des Bundes der Landwirthe unterzeichnet und ihre amtliche Stellung zu Wahlbeeinflussungen benutzt hatten. Da sich der Aufruf namentlich gegen die Nationalliberalen richtet, so sahen sich deren Vertreter, die Abgg. Dr. Friedberg und Dr. Krause zu einem energischen Protest gegen diese Art der Agitation veranlaßt, wobei namentlich Dr. Krause auch dem Minister einige Seitenhiebe versetzte. Die Herren von der Rechten, Frhr v. Zedlitz und Dr. v. Heydebrandt, versuchten, den ganzen Vorgang abzuschwächen und die Landräthe in Schutz zu nehmen, aber ohne Erfolg. Es ist charakteristisch, daß dieselben Herren, die einst darin, daß der freisinnige Landrath Baumbach mit dem Abg. Lasker gemeinsam in einem Wagen gefahren war, schon eine Wahlbeeinflussung erblickten, heute die Wahlmache nicht nur als ein Recht, sondern sogar als eine Pflicht der Landräthe hinzustellen suchten.

Im Uebrigen kamen, abgesehen von localen Beschwerden, Klagen über gesetzwidrige Behandlung von Polen, über ländlichen Arbeitermangel und über zu strenge Verordnungen betr. die Sonntagsruhe zur Sprache. —

(Ende der Rubrik Politische Uebersicht.)

Statistisches.

Ueber die Eisenbahnen Deutschlands im Betriebsjahr 1896/97, abgesehen von den Kleinbahnen, ist der Bericht des Reichseisenbahnamts in einem statistischen Bande soeben erschienen. Ein Vergleich des Jahres mit dem zehn Jahre zurückliegenden Jahr 1886/87 ergiebt, daß die Eigenthumslänge der deutschen Eisenbahnen in diesen zehn Jahren von 38,048 auf 46,176 Kilometer, also um 21,5 Procent, gewachsen ist. Die Gesammtlänge übersteigt den Umfang des Erdäquators um 6101 Kilometer. Auf Privatbahnen unter eigener Verwaltung entfallen jetzt nur 6,5 Procent. Das preußische Staatseisenbahnnetz umfaßt 27,734 Kilometer. Demnächst kommen die bayerischen Staatsbahnen mit 5366, die sächsischen mit 2508, die württembergischen mit 1701, die Reichseisenbahnen mit 1569, die badischen mit 1471, die mecklenburgischen Staatseisenbahnen mit 951, die pfälzischen mit 702 und die hessische Ludwigsbahn mit 693 Kilometern. Von der Gesammtlänge entfielen 30,9 Procent auf Nebenbahnen; die Hauptbahnen haben seit 1886 nur noch um 8,7, die Nebenbahnen aber um 95,6 Procent zugenommen. Auf je 10,000 Einwohner entfielen 1886/87 8,06 Kilometer, 1896/97 8,74 Kilometer Eisenbahnen. Die Gesammtzahl der Stationen ist von 6376 auf 8892, d. i. um 39 Procent, somit stärker gestiegen als die Gleislänge. Die Zahl der Locomotiven hat sich in zehn Jahren um 29,3 Proc., diejenige der Personenwagen um 39,5 und der Gepäckwagen und Güterwagen um 37,6 Procent vermehrt. Die Vermehrung ist bei allen Gattungen der Betriebsmittel stärker als der Zuwachs der Bahnlänge; insbesondere entfielen auf 10 Kilometer Betriebslänge 1886 134,9 Gepäck- und Güterwagenachsen, 1896 152,26.

Neueste Nachrichten.

Proceß Zola.

Von der Freitagsitzung wird noch berichtet: Generaladvocat van Cassel hebt hervor, er habe, als er den Gerichtshof ersuchte nicht zu gestatten, daß von der Dreyfus- und der Esterhazy-Sache gesprochen werde, alles vorausgesehen, was gekommen ist; er habe sich nur durch seine Worte zu decken gesucht und verlasse sich zudem auf das Urtheil des Gerichtshofes. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verliest der Präsident den Gerichtsbeschluß, worin es heißt, dem Vertheidiger sei mit Recht das Wort verweigert worden, weil er an die Generale Boisdeffre und Pellieux Fragen stellen wollte über einen Zwischenfall, der zum Proceß Dreyfus gehöre, dessen Besprechung ein Gerichtsbeschluß bereits untersagt habe. Der Gerichtsbeschluß erklärt, Major Esterhazy werde wieder berufen werden, sobald dazu Anlaß sei.

Auf Antrag Labori's wird Oberst Picquart wieder aufgerufen. Picquart sagt, zu der Zeit, als der Verdacht gegen Esterhazy begann, sei im Ministerium ein Schriftstück eingetroffen, das den Verdacht gegen Esterhazy zu befestigen im Stande war. Dieses Schriftstück, sagt Zeuge, ist dasjenige das man als eine Fälschung ansehen kann. Labori: Um welches Schriftstück handelt es sich? Picquart: Um das, von dem gestern Pellieux gesprochen hat. General Gonse tritt hierauf vor, um, wie es Boisdeffre gethan hat, zu versichern, daß das Schriftstück, von dem Pellieux gesprochen hat, echt ist. Mehr könne er, Zeuge, nicht sagen.

Clémenceau stellt eine Reihe von Fragen in Betreff der an Frau Boulancy gerichteten Briefe, in denen der Armee und ihren Führern übel mitgespielt wird, Esterhazy antwortet aber nicht, sondern dreht Zola und seinen Vertheidigern den Rücken zu und sieht nur die Geschworenen an. Im Saale herrscht große Erregung. Clémenceau fährt mit dem Vorlesen der Briefe fort, in denen von dem „Ulan" die Rede ist und von Paris, das im Sturm genommen und 100,000 betrunkenen Soldaten zur Plünderung überliefert. Clémenceau fragt: „Erkennt der Zeuge die Richtigkeit dieser Briefe an?" Esterhazy bewahrt sein geringschätziges Stillschweigen. Clémenceau verliest nun die auch schon im Kriegsgerichte verlesenen Zeugen, die sich sehr lobend über den Zeugen aussprechen, und sagt zum Präsidenten: „Wollen Sie den Zeugen fragen, ob er von diesen Zeugnissen nicht ein wenig überrascht gewesen ist?" Esterhazy giebt auch auf diese Frage keine Antwort. Clémenceau fährt fort, Fragen zu stellen, Esterhazy giebt aber keine Antwort. Clémenceau, der nicht weniger als hundert Fragen an Esterhazy gerichtet hat, erklärt, er komme zu der letzten Reihe von Fragen. Clémenceau fragt Esterhazy, ob er Beziehungen zum Oberst v. Schwarzkoppen gehabt habe. Präsident: „Das berührt die auswärtigen Beziehungen, die Frage darf nicht gestellt werden." Clémenceau fragt, warum nicht, wenn es sich um Ermittelung der Wahrheit handelt? Der Präsident erwidert: „Weil es etwas giebt, das noch darüber steht: die Ehre der Armee und die Sicherheit des Landes." (Donnernder Beifall.)

Nach und nach tritt wieder Ruhe ein und Major Esterhazy tritt von den Schranken zurück, ohne auch nur ein Wort gesprochen zu haben. Die Vernehmung der Zeugen wird fortgesetzt, so die Autant's, der vor dem Kriegsgericht erzählte, die Geliebte Esterhazy's hätte ihm mitgetheilt, Letzterer habe Selbstmord begehen wollen. Jules Huret vom „Figaro" erzählt, gelegentlich der Enquete, welche er in Rouen unter den Offizieren dieser Stadt veranstaltet habe man von ihm gesagt, als die Blätter von einem Offizier gesprochen hätten, der an Stelle Dreyfus' Verrath begangen hätte, habe man sofort an Esterhazy, den man für einen Hochstabler (rastaconère) der französischen Armee halte, gedacht. (Bewegung.) General Guerrier wird aufgerufen, der Präsident bemerkt aber, er lehne die Vernehmung dieses Zeugen ab, weil die Vorladung desselben der Anklagebehörde nicht innerhalb der gesetzlichen Frist mitgetheilt worden sei. Auch die Vernehmung des Majors a. D. Weil wird aus demselben Grunde abgelehnt. Die Sitzung wird dann ohne weiteren Zwischenfall aufgehoben. — Es bleiben noch fünf oder sechs Zeugen zu vernehmen.

Berlin, 19. Februar. Die „Volksztg." schreibt: Auf die Auflösung des Reichstages wird, wie wir aus guter Quelle hören, in Regierungskreisen mit einiger Bestimmtheit gerechnet, da die Schwankung des Centrums in der Marinefrage dazu den Anlaß giebt. Angeblich soll das Septennat die Ursache zur Auflösung bieten. Als Termin zur Auflösung werde das letzte Drittel des März in Betracht kommen; man denke da besonders an den 22. [illegible] den Geburtstag Wilhelm I., da dieser Tag besonders geeignet [illegible] eine als Ausgangspunkt des Kampfes um die Flotte.

Auch die Gerüchte über eine Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses und die Vornahme von Neuwahlen vor den Reichstagswahlen erhalten sich in parlamentarischen Kreisen. Der „Schles. Ztg." wird dagegen aus Abgeordnetenkreisen geschrieben, daß das Abgeordnetenhaus seine unaufschiebbaren Arbeiten nicht vor dem 1. Mai erledigt haben werde.

Der „Berliner Ztg." zufolge steht der Ausbruch eines großen Schuhmacherstreikes in Berlin nunmehr unmittelbar bevor: die Gewerkschaftscommission hat denselben gestern Abend sanctionirt.

Braunschweig, 18. Februar. Dem Landtage ist eine Vorlage zugegangen, in welcher 780,000 Mark für Arbeiterfamilienwohnungen auf den Domänen gefordert werden.

Bozen, 19. Februar. Im Schlosse Ried kam es zwischen italienischen und deutschen Arbeitern zu einem blutigen Zusammenstoß; der Schloßverwalter welcher vermittelnd eingreifen wollte, wurde von italienischen Arbeitern niedergeschossen.

Budapest, 19. Febr. Aus dem Szabolczer und Zempliner Comitate laufen über die Bauernbewegung beruhigende Nachrichten ein, sodaß die Verhängung des Standrechtes überflüssig werden dürfte.

Alle Freunde und Genossen

unserer Bestrebungen ersuchen wir, in Gasthöfen, Wirthschaften, Barbiergeschäften 2c., überall, wo Zeitungen dargeboten werden, stets die

„Volkswacht"

zu verlangen. Wo dieselbe nicht erhältlich ist, möchte Jeder nachdrücklich auf die sofortige Bestellung dringen.

Stadttheater.

„Wilhelm Tell".
Abends 7¼ Uhr:
„Der fliegende Holländer".
Sonntag, Nachmittag 3½ Uhr:
„Hänsel und Gretel."
Abends 7¼ Uhr:
Zum ersten Male:
„Haschisch".
Oper in 1 Act von O. von Chelius.
Hierauf:
„Fra Diavolo."

Lobetheater.

Sonnabend:
„Im weißen Rößl".
Sonntag: Nachmittag 3½ Uhr:
„Hans Huckebein".
Abends 7½ Uhr:
„Im weißen Rößl".

Thalia-Theater

Sonntag:
„Das Gefängniß".

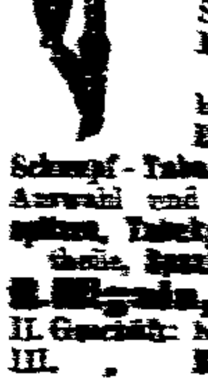
Brauerei Gebr. Roesler.
Nur kurzes
Gastspiel
des echten
unverwundbaren Fakirs
Achmed Aratas.

Städtischer Arbeitsnachweis.
In unserem Bureau — Breitestraße 35 — werden Stellungen für **männliche und weibliche Personen aller Berufszweige** (einschließlich Dienstboten) **kosten- und gebührenfrei** nachgewiesen.
Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie Dienstboten werden auf diese gemeinnützige Einrichtung aufmerksam gemacht und ersucht, von derselben Gebrauch zu machen. 3021
Breslau, den 12. December 1897.
Der Ausschuß des städt. Arbeitsnachweises.

Achtung! Socialdemokraten!
Elegante Broches mit Lassalle, Marx, Bebel, Liebknecht, mit 16 Steinen Einfassung, Stck. 70 Pf. **Medaillen** mit obigen Bildnissen Nr. 1 Stck 50, Nr. 2 Stck. 70 Pf. **Cravatten-Nadeln** mit Lassalle, Marx, Nr. 1 in Bronce auf Schildpatt 15 Pf., Nr. 2 Photographie und Glas 25 Pf., Nr. 3 dieselbe eleganter 35 Pf., Nr. 4 Lassalle in Metall 30 Pf., Nr. 5 2 Hände im Kranz auf Perlmutt, sehr elegant 40 Pf. **Taschenmesser** mit Aluminiumschaale, mit Standbild Lassalles, Stck 1,60 Mk. **Cigarrenspitzen** mit Stereoskop der Fraction 40 Pf. und verschiedene andere Sachen. Beim halb. Dtzd. bedeutend billiger. ! Wiederverkäufer hohen Rabatt! Vorherige Casse Einsendung, oder Nachnahme. Was nicht gefällt, nehme retour oder Umtausch. **Maifestzeichen** und **Vereinsabzeichen** große Auswahl, elegant und billig. Auf Verlangen sende Muster. Die Annonce bitte auszuschneiden und bei Bedarf sich an
Matiske, Breslau,
Klosterstr. 134 zu wenden

Geschäfts-Eröffnung!

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich hierselbst ein
Cigarren-, Cigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabak-Geschäft
eröffnet habe und empfehle dasselbe einer geneigten Beachtung. 3101
Johann Kühnel,
Friedrich-Wilhelmstr. 31.



Kaufen Sie nur meine **wirklich** reellen **Cigarren** No. 11, 12 u. 13 mit amerik. Umblatt, 3 Stück 10 Pfg., 100 Stück Mk. 3.— No. 15 u. 16 mit rein Brasil-Einlage, St. 5 Pf., 100 St. Mk. 4.50, das Vorzüglichste in 6 bis 10 Pfg.-Cigarren, Rauch-, Kau- und Schnupf-Tabaken. Allergrößte Auswahl und billigst: Cigarrenspitzen, Tabakspfeifen wie Einzeltheile, Spazierstöcke etc. bei
[illegible], Fr.-Wilhelmstr. 1a.
II. Geschäft: [illegible] 11
III. „ [illegible]strasse 22
3074

Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen

Sonntag, den 20. Februar, Nachmittags 4½ Uhr, im Saale des Herrn Kostrowsky, Lohestr. 75.
Tagesordnung: 1. **„Der Dreyfusscandal und seine Bedeutung für das französische Volk".** Referent: Genosse **Julius Bruhns.** 2. **Diskussion.** — Im Hinblick auf das actuelle und hochinteressante Thema ladet die Genossen und Genossinnen zu recht zahlreichem Besuch ein
Entree frei. Der Einberufer.

Etablissement „Tivoli". Neudorfstraße 35.
Sonntag, den 20. Februar 1898:
Stiftungs-Fest
der Zahlstelle Breslau des
Krankenunterstützungsbundes der Schneider
(E. H. Braunschweig). 3111
Grosse Soirée und Tanz.
Einlass 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Programme à 30 Pf. beim Bevollmächtigten Hugo Schelske, Hummerei Nr. 24. **Das Comité.**

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Montag, den 24. Februar 1898, Abends 8½ Uhr
in den **„drei Tauben"**, Neumarkt 8:
Mitglieder-Versammlung.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.

Eisdorf! Eisdorf!
Sonntag, den 20. Februar, Nachmittags 4 Uhr:
Mitglieder-Versammlung des Arbeitervereins.
Tages-Ordnung: 1. „Die Wahlparolen bei der nächsten Reichstagswahl". Referent: Genosse **Hermann Krätzig, Blumenau.** 2. Verschiedenes.
Die Genossen aus dem **Seifenhainer** und **Jauerschen Kreise** sind besonders eingeladen. Aufnahme neuer Mitglieder vor und nach der Versammlung. **Der Vorstand.**

Die ordentliche
General-Versammlung
der Kranken-Unterstützungs- und Sterbekasse der
Breslauer Maurergesellen (E. H.)
findet **Mittwoch, den 23. Februar, Abends 6½ Uhr in Friedrich's Local, Mauritius-Platz 4** statt.
Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung. 2. Decharge-Ertheilung. 3. Wahl des Vorstandes und Ausschusses. 4. Verschiedenes.
3130 **Der Vorstand.**

Etablissement „Concordia"
Margarethenstraße 17.
Heute Sonnabend, den 19. Februar cr.:
Grossartiges Narrenfest
arrangirt vom
M.-G.-V. „Liederkranz". 3112
Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
● **Alles Nähere die Plakate.** ●

Breslauer Packetfahrt-Gesellschaft.
Hauptamt: Tauentzienplatz 11. Fernspr. 2282 u. 2210.
Möbeltransporte.
Eil- und Frachtgut-,
Reisegepäck-,
Stadtpacket-
Beförderung.
Haus-Verwaltung.
Theater-Billets.
Besorgungen aller Art.
Annahmestelle
für die Frachter der Provinz.

Bei Husten und Heiserkeit

und allen Hals- u. Mundkrankheiten werden Schlesinger's
Eucalyptus-Bonbons
3097
nach ärztlicher Vorschrift bereitet, bestens empfohlen. Sie beseitigen üblen Geruch und Geschmack im Munde und wirken sehr erfrischend. Zu haben in Dosen à 40 Pf., in Beuteln à 20 Pf., bei **Theodor Schlesinger**, Mehlstr. 18, Adalbertstr. 2, Ring 52, ferner in der **Adler-Apotheke**, Ring 59, Ecke Oderstr., **Augusta-Apotheke**, Ohlauerstr. 3, an der Kornecke, **Kaiser-Wilhelm-Apotheke**, Kaiser-Wilhelmstr. 17, bei **Gust. Eckstein**, Klosterstrasse 57, **Ed. Gross**, Neumarkt 42, **Friedr. Eichmann**, Kaiser Wilhelmstr. 11, **Schwan-Apotheke**, Brüderstrasse 53, **F. [illegible]**, Friedrich-Wilhelmstr. 2 und Gräbschenerstrasse 17.

Graf Posadowsky

und die
Coalitionsfreiheit
vor dem
Reichstag.

Verhandlungen des deutschen Reichstages über den **Erlaß des Staatssekretärs vom 11ten Dezember 1897 gegen „angeblichen Mißbrauch der Coalitions-Freiheit".**
Nach dem offiziellen, stenographischen Bericht.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition der **„Volkswacht".**

Striegau

Arbeiter-Verein

Sonntag, den 20. Februar cr., Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zur „Stadt Breslau": Beitragserhebung und Aufnahme neuer Mitglieder.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Geg. Einsendung d. Betragesliefere **1 Medaillon m. Stempel** für 50 Pf., 10 Med. 4 Mk., 1 Vereinsstempel 3 Mk. u. f. Druckereien v. 1.50 Mk. an, sowie Monogr. (Schablonen) u. [illegible] neuer Holzschnitte, Clichés empfiehlt
M. Hübsch, Breslau,
Hintermarkt 98. Ecke Ring. Stempel- und Schablonenfabrik. Preiser frei.

Vereins-Kalender.
Breslau
Sonnabend, den 19. Februar
[illegible] der **Stroh- und Filzhutarbeiter und Arbeiterinnen.** Vereins- und Kassenabend Abends von 8—10 Uhr im [illegible] „rothen Löwen", Kupferschmiedestraße 27.
[illegible] und Sterbekasse der **deutschen Böttcher.** Cassenlocal [illegible] 5.
Verband der **Gold- u. Silberarbeiter** und [illegible] Berufsgenossen. Zahlabend „[illegible]", Kupferschmiedestr. 39
Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Breslau. Vereinsabend Abends 8 Uhr. [illegible] 5. [illegible], jeden Dienstag Abends 8 Uhr. [illegible] Nr. 19, Herder's Brauerei.
Deutscher Metallarbeiter-Verband (Section der Klempner.) Abends 8 Uhr [illegible] im Local des Herrn [illegible] 15. — Umtausch der [illegible].
Verband der in Buchbindereien u. in Papierwaaren beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Breslau: Zahlabend und Aufnahme neuer Mitglieder im Hotel [illegible], [illegible] Nr. 16. I. [illegible] bei Georg Haske. [illegible] Nr. [illegible]. [illegible] Abends 7—8 Uhr [illegible] „drei Tauben" Neumarkt 8.
[illegible] **deutscher Lederarbeiter.** Zahlstelle Breslau. Zahlabend jeden 1. u. 3. Sonnabend eines Monats von 8 Uhr ab [illegible] Sandgasse 4.
[illegible] **Böttcher Deutschlands** Zahlstelle Breslau. [illegible]: Jeden Sonntag nach dem 1. [illegible] 4 Uhr in den „3 Tauben", Neumarkt Nr. 8.
[illegible] **deutschen Former** (Zahlstelle Breslau). Jeden ersten Sonntag [illegible] Mitglieder-Versammlung in den „3 Tauben" am Neumarkt, [illegible] 4 Uhr.
Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Allgemeine). [illegible] und Aufnahme neuer Mitglieder im Café National [illegible].
Verband der Sattler, Tapezierer und verw. Berufe. Zahlstelle Breslau. [illegible]-Versammlung, Sonnabend vor dem 1. und 15. jeden Monats im Restaurant „Grünes Bergel", Kupferschmiedestraße 5. [illegible] bei [illegible], [illegible] 35a. Mittags von [illegible] Uhr, Abends von 6—7½ Uhr.
[illegible]-Kasse der Tischler [illegible] jeden Sonnabend Abends [illegible] im [illegible].
Freie [illegible]gemeinde. [illegible] 3. Sonntag, den 20. Februar, [illegible] Uhr: [illegible].
Deutscher Maler-Verband. Jeden Sonnabend nach dem 1. u. 15. jeden Monats [illegible] Neumarkt 8.
Montag, den 21. Februar:
Socialdemokr. Verein für Breslau und Umgegend. [illegible] von 8—10 Uhr [illegible]: „In den drei Tauben", Neumarkt 8.

Fabelhaft billig, das Beste

nie wiederkehrende Gelegenheit

Jünglings-Anzüge, ganz und gar gefüttert		4½ Mk.
Confirmanden-Anzüge	nur	7½ „
Derselbe wie auf Bestellung gefertigt		10 „
Herren-Joppen	nur	3½ „
Knaben-Hosen von gutem Stoff	nur	95 Pfg.
Knab.-Tricot-Anzüge, reizende Façons		2 Mk.
Knaben-Anzüge, entzückende Neuheit	nur	4 „
Herren-Anzüge Nouveautés		13½ „
Herren-Paletots, guter Qualität		10½ „
Hohenzollern-Mäntel, neueste Mode		15 „
Herren-Hosen, sehr solide Fabrikate	3 Mk.	90 Pfg.
Reit- und Stiefelhosen, beste Qualität	nur	6 Mk.
Gesellschafts-Anzüge, fein und elegant	nur	22 „
Herren-Schlafröcke weich und mollig		7½ „
Diener-Anzüge, gestreifte waschbare		9 „
Livrée-Anzüge die besten Qualitäten		24 „
Bock- u. Kutscher-Mäntel, warm gefüttert jed. Größe		25 „

„Goldene 74", Breslau,
74, Ohlauerstraße 74, in der 1. Etage.

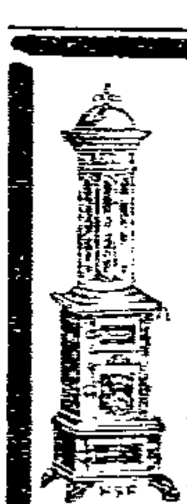
Aeusserst günstiges Angebot!

Täuschung ist ausgeschlossen.
Herren- und Burschen-Anzüge, Ueberzieher, Joppen- u. Hosen
aus **modernen, haltbaren Stoffen, bei tadellosem Sitz,** werden zu **bedeutend herabgesetzten Preisen** verkauft, außerdem noch **20% Rabatt.**
Vom 22. Januar bis 1. März, werde ich, um die Schneider vollauf zu beschäftigen, durch die stille Zeit ein Sortiment **feiner, eleganter Stoffe zu 200 Anzügen zur Anfertigung nach Maaß bringen.** Diese Anzüge in Jaquetfaçon gebe zu dem enorm **billigen Preise** von **Mark 35 bis 40, mit 5% Rabatt** durchschnittlich ab. Garantie für tadellosen Sitz. Besichtigung jederzeit gestattet.
Bei Bedarf einer geneigten Beachtung mich empfehlend, zeichne Hochachtungsvoll
J. Rotter, Breslau, Alte Taschenstr. 19
(an der Liebichshöhe).

Ein **Lehrling p. 1. April**
Kupferschmiedestraße 16.
Fritz Flöthe. 3131

Künstl. Zähne und **Plomben** Theilzahl. bew. **Reparaturen** w. in kurz. Zeit ange[fertigt]. **Plomben, Zahnziehen** 2c.
W. Dreger, Matthiasstr. 4, I. vis-à-vis d. Oberthorm[arkt] 303[illegible]

Der
Arbeitsvertrag
des
Handlungsgehilfen
von
Rich. Lipinski.
Zweite Auflage.
Preis 50 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition.



Heiz-Oefen:
Regulir-Oefen v. 16.50 an,
Dauerbrand-Oefen, irischen und amerikanischen Systems, erstere v. 20.— an,
Petroleum-Oefen, etc.
Koch-Oefen u. Koch-Heerde
in grösster Auswahl u. am Billigsten bei
3077
Herz & Ehrlich,
BRESLAU.
Preislisten gratis und franco

Arbeiter-

Hemden, engl. Leder- und Zwirnhosen, blaue waschechte Blousen, gestrickte Westen.
G. Völkel
vorm. **C. Griebsch,** 1965
Friedrich-Wilhelmstr. 20.

Frauenfrage und Socialdemokratie
von
Lily Braun-Gizycki.
Preis 20 Pfg.

Lunge u. Hals

Kräuter-Thee, Russ. Knöterich (Polygonum avic.) ist ein vorzügliches Hausmittel bei allen Erkrankungen der Luftwege. Dieses durch seine wirksamen Eigenschaften bekannte Kraut gedeiht in einzelnen Districten Russlands, wo es eine Höhe bis zu 1 Meter erreicht, nicht zu verwechseln mit dem in Deutschland wachsenden Knöterich. Wer daher an *Phthisis, Luftröhren- (Bronchial-) Katarrh, Lungenspitzen-Affectionen, Kehlkopfleiden, Asthma, Athemnoth, Brustbeklemmung, Husten, Heiserkeit, Bluthusten* etc. etc. leidet, namentlich aber derjenige, welcher den Keim zur *Lungenschwindsucht* in sich vermutet, verlange u. bereite sich d. Absud dieses Kräuterthees, welcher echt in Packeten à 1 Mark bei **Ernst Weidemann, Liebenburg a. Harz,** erhältlich ist. Broschuren mit ärztlichen Aeusserungen und Attesten gratis.

57 57 57 57 57 57 57 57 57 57

Zur Confirmation

Complette Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Ausführung empfehle ich **von 5—20 Mk.** 5128
Eduard Freund.
Neuschestr. 57, Ecke Hinterhäuser.

57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57

Verantwortlich für die [illegible] Julius Bruhns, für den übrigen Theil: Ernst Zadow; — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von O. Schütz & Co.; [illegible] — Druckerei: Breslau.

Beilage zu Nr. 42 der „Volkswacht".

Sonnabend, den 19. Februar 1898.

Prozeß Zola.

Die Freitagsitzung war ein Hohn auf alles, was Rechtspflege heißt und glich viel eher einer Faschingskomödie, wie einer ernsten Verhandlung vor einem hohen Gerichtshof.

Präsident Delagorgue, der Vorsitzende, verletzte von Anfang bis zum Ende in brutaler Weise das Gesetz und duldete die schlimmsten Kundgebungen im Saale. Im Hintergrunde bestieg Thiebaud sogar einen Sessel und hielt ein regelrechtes antisemitisches Meeting ab. Alles scheint außer Rand und Band gerathen zu sein. „L'Aurore", „Siecle" und alle radikalen Zeitungen beschuldigen Boisdeffre, daß er selbst die angeblichen Karten des fremden Militärattachees verfaßte. — In den Kammergängen bezeichnete Jaures die heutigen Vorgänge als das Ende der Republik und den Beginn der Säbelherrschaft. Die allgemeine Erregung ist unbeschreiblich.

Bei Eröffnung der Verhandlung kurz vor 12 Uhr ist der Saal dicht gefüllt. Die Zuhörerschaft ist in lebhafter Erörterung über die Vorkommnisse des gestrigen Tages begriffen. Zunächst läßt der Präsident General Boisdeffre eintreten. (Anhaltende Bewegung, gespannte Aufmerksamkeit.) Der General, in Uniform, tritt an die Schranke vor. Präsident: „Herr General, es hat sich hier gestern ein Zwischenfall ereignet, auf den wir nicht gefaßt waren. Man hat den Wunsch ausgesprochen, daß Sie vernommen worden, und der Gerichtshof hat demgemäß beschlossen. Der Präsident verliest sodann das Stenogramm der gestrigen Worte des Generals Pellieux und sagt zum Zeugen gewendet: „Was haben Sie zu sagen? Boisdeffre erwidert: Ich bestätige in allen Punkten die Aussagen des Generals Pellieux als richtig und als authentisch. (Kein Wort weiter hinzu, kein Wort weiter. (Anhaltende Bewegung.) Aber, meine Herren Geschworenen, sagte Boisdeffre, sich zu den letzteren wendend, Sie sind hier die Nation, die Vertreter derselben. Wenn die Nation kein Vertrauen zu den Führern ihres Heeres hat, so sagen Sie es, wir sind bereit, anderen die Sorge unserer Verantwortlichkeit zu überlassen. Meine Herren Geschworenen, Sie, die Sie die Nation kennen, sprechen Sie es aus und sagen Sie es. (Anhaltende Bewegung.) Rufe: „Jawohl!" „Hoch die Armee!" und Händeklatschen erschallen, als Boisdeffre von der Schranke zurücktritt.

Nach der Aussage des Generalstabschefs Boisdeffre sagt Labori: Ich möchte an General Boisdeffre Fragen stellen: Präsident: „Nein, die werden Sie nicht stellen", und der Präsident sagt lebhaft, man lasse einen andern Zeugen kommen. Trotz des erregten Widerspruches Laboris, welcher ankündigt, daß er seine Anträge einbringt, wird Esterhazy von Gerichtsdienern herbeigeholt. Er erscheint alsbald. Im Saal herrscht tiefes Schweigen. Als Esterhazy an die Schranken tritt, fragt der Präsident den Vertheidiger Labori: „Was für Fragen wünschen Sie zu stellen?" Labori beschränkt sich auf die Animort, daß er augenblicklich seine Anträge abfasse. Gut! sagte der Präsident, so werde ich die Fragen selbst stellen. Man hat gesagt, daß Sie der Urheber des Bordereau seien, was haben Sie darauf zu erwidern. Esterhazy: Ich habe zunächst eine Erklärung abzugeben. (Bewegung.) Meine Herren Geschworenen! fuhr er fort, ohne den Schatten eines Beweises hat mich der elende Mathieu Dreyfus als des Verbrechens seines Bruders schuldig angeklagt. Ich bin von Meinesgleichen gerichtet worden und ich bin freigesprochen worden. Heute ladet man mich als Zeugen vor, um mich nochmals anzuklagen, wo ich ohne Rechtsbeistand bin, ohne Anwalt, um mich zu vertheidigen. Ich bin bereit, auf alle Fragen zu antworten, die Sie zu stellen belieben werden. Was die Leute da angeht, fährt Esterhazy fort, die um Zola und seine Anhänger, denen antworte ich nicht. (Lebhafter Beifall.) Der Präsident richtet an den Vertheidiger Labori die Frage: Haben Sie an Esterhazy Fragen zu stellen? Labori: Ich bin mit Abfassung meines Antrages beschäftigt. Ich werde meine Fragen erst stellen, wenn der Gerichtshof über meine Anträge Beschluß gefaßt haben wird. Präsident: Stellen Sie Ihre Fragen sofort, oder Sie werden überhaupt keine mehr stellen. (Unruhe.) Labori: Ich habe für den Augenblick nichts zu sagen, aber ich erhebe Einspruch gegen diese Haltung. Präsident: Herr Major Esterhazy, setzen Sie sich. — Einzelne Worte ertönen, als Esterhazy sich in den Hintergrund zurückzieht.

Präsident: Rufen Sie den nächsten Zeugen. Der Gerichtsdiener ruft den nächsten Zeugen, doch vergeblich. Es antwortet Niemand und er sagt dem Gerichtshof, daß sich kein Zeuge mehr in dem für die Zeugen bestimmten Zimmer befindet. Man hört hierauf eine Stimme, es ist diejenige des Generals Pellieux, welcher sagte: Wollen der Herr Präsident mir gestatten, an die Schranke zu kommen. Ich habe eine Karte, welche ich dem Gerichtshof zukommen lassen will. Sie trägt den Namen „Bouton". Ich kenne ihn nicht; die Person ist, wie es heißt, von Bertilus über die Geldvorschläge gehört worden, die er gemacht hat. Wenn Sie die betreffenden Aussagen hören wollen, so theilen Sie es mit, er hat mir sagen lassen, er stehe zur Verfügung des Gerichtshofes. Der Präsident erwidert nicht und unterbricht die Sitzung, um es Labori zu ermöglichen, seine Anträge zu stellen. Es herrscht außerordentliche Unruhe. Während der Pause bemerkt man Zola und seine Vertheidiger, welche in lebhafter Aussprache begriffen sind. Man hört lärmende Unterhaltungen. Es herrscht ein unbeschreibliches Gewirr; Jeder sagt, was er will. Einer meint, der Prozeß ist eine so zu sagen manu militari abgeurtheilte Sache.

Nach anderthalbstündiger Pause wird die Verhandlung wieder aufgenommen. Labori bringt seine Anträge ein und verliest dieselben. Sie betreffen die Weigerung des Präsidenten, an Boisdeffre Fragen stellen zu lassen, noch bevor man selbst wissen könne, was das für Fragen seien. In Erwägung dessen, betont Labori besonders, daß hier nicht der Ort ist, zu untersuchen, was gerichtliche Verhandlungen am Standpunkte der Billigkeit und des Rechtes für einen Werth haben, wenn die Offiziere alles sagen dürfen, was sie sagen wollen, sei es auch über die Dreyfusangelegenheit, und das sogar unter Mißachtung des Gerichts-Beschlusses, sei es auch unter Verletzung des Amtsgeheimnisses, während der Vertheidigung das Wort verweigert wird, worin eine veritable Verleugnung der Gerechtigkeit liegt. Hier unterbricht ein lauter Pfiff die Verlesung der langen Schlußfolgerungen, die schließlich in die Forderung auslaufen, die Generale Boisdeffre und Pellieux, sowie den Major Esterhazy wieder an die Schranken zu rufen.

Aus aller Welt.

Das Grubenunglück bei Bochum hat erheblich mehr Opfer gefordert, wie zunächst angenommen wurde.

Die „Westfälische Volksztg." meldet: „Heute Abend 6 Uhr wurden auf der Zeche „Vereinigte Karolinenglück" **116 Todte** zu Tage gefördert, 2 befinden sich noch im Schachte, 5–7 Bergleute werden noch vermißt. Drei von den letzteren müssen sich in der 3. Abtheilung der fünften Tiefbausohle in dem Flötz „Präsident" und „Schleswig" befinden." Dazu kommt, daß von den zahlreichen Verletzten mehrere schon gestorben sind und zweifellos noch mehr ihren furchtbaren Verletzungen erliegen werden, so daß das neueste Grubenunglück in Deutschland wiederum etwa **135–140** braven Arbeitern das Leben kosten wird.

Einige Einzelheiten über das Rettungswerk berichtet das „Berl. Tagebl.": Das Rettungswerk wird dadurch sehr erschwert, daß die betheiligten Strecken größtentheils zerstört sind. Die Belegschaft war um 6 Uhr früh in Stärke von 600 Mann eingefahren, Flötzes „Präsident". In demselben Augenblick, als die Katastrophe eintrat, verlöschten die Lampen und die Knappen stürzten zu Boden. Die Ueberlebenden suchten schleunigst den Ausgang, aber die giftigen Nachschwaden brachten vielen von ihnen Tod und Verderben. Die Ventilatoren arbeiteten mit Hochdruck, um frische Luft zuzuführen und unter der Leitung des Obersteigers Koch begab sich eine Rettungsmannschaft an die Arbeit. Die Kunde von dem Unglück verbreitete sich rasch nach außen, und in kurzer Zeit waren auch von den benachbarten Zechen „Präsident" und „Hannibal" die Knappen herbeigeeilt, um an dem Rettungswerk theilzunehmen. Von Stunde zu Stunde wuchs die Zahl der Verunglückten. Einzelne Familien sind furchtbar mitgenommen, so ist ein Bergmann Namens Bohnenkamp mit seinen beiden Söhnen ums Leben gekommen. Den Familien Leiterholt und Brandenbrücker wurden gleichfalls je zwei Söhne durch das Unglück entrissen. Dem Steiger Reuter waren beide Beine vollständig abgebrannt, der übrige Theil des Körpers war förmlich zusammengeschrumpft. Von 20 Pferden, die beim Eintritt der Katastrophe in der Grube waren, sind die meisten getödtet. Die Todten, die meist nur an den ihnen anhaftenden Markennummern erkenntlich sind, werden in den Zechengebäuden auf Stroh gebahrt und mit einem Schilde versehen, das ihren Namen angiebt. Das vorhandene Gebäude reichte zur Bergung dieser Leichen schon nicht mehr, und man war gezwungen, die Schreinerei zu einem Leichenhause einzurichten. Da lagen sie in endlosen Reihen. Diejenigen, welche von der furchtbaren Gewalt der Explosion mehr verschont worden waren, die von den nachwirkenden Gasen erstickten, trugen in ihren Gesichtszügen den Ausdruck eines friedlichen Schlafes. Auf dem Zechenplatz und vor demselben zeigt sich ein Bild namenlosen Jammers.

Erschütternde Folgen hat eine Verurtheilung gehabt, welche am Donnerstag durch das Berliner Landgericht geschah. Der 56jährige Kaufmann R. war beschuldigt, seinem Prinzipal einen Betrag von 400 Mark unterschlagen zu haben. Er leugnete trotz des erdrückendsten Beweismaterials, und erst nach langer Zeugenvernehmung ließ er sich bewegen, seine Schuld einzugestehen. Der Angeklagte hatte ein Gehalt von 6000 Mark bezogen und von einer Nothlage konnte somit keine Rede sein. Dieser Umstand fiel so erschwerend in's Gewicht, daß der Gerichtshof über den Antrag des Staatsanwalts hinausging und auf neun Monate Gefängniß bei sofortiger Verhaftung erkannte. Als die auf dem Wandelgang harrende Ehefrau des Angeklagten dies Ergebniß erfuhr, brach sie ohnmächtig zusammen. Man brachte sie in eine leerstehende Zelle und überließ sie der Pflege ihres Ehemannes, dem es auch nach längerer Zeit gelang, sie zum Bewußtsein zu bringen. Dann wurden die Gerichtsdiener Zeugen, wie die Gatten in überaus inniger Weise von einander Abschied nahmen. Sie flüsterten sich Worte zu, die für gegenseitige Trostesworte gehalten wurden. Sie haben aber einen anderen Sinn gehabt. Frau R. hatte schon während der Verhandlung geäußert, daß sie die Verurtheilung ihres Mannes nicht überleben würde. Nachdem sie von demselben Abschied genommen, begab sie sich auf dem kürzesten Wege nach der Bellevue-Brücke, kletterte durch das Geländer hindurch auf einen vorspringenden Pfeiler und stürzte sich in die Spree. Mehrere Personen machten Rettungsversuche; als es dann nach längerer Zeit gelang, die Lebensmüde ans Land zu ziehen, war sie bewußtlos und dem Anscheine nach bereits todt. Sie wurde nach dem Moabiter Krankenhause gebracht. Ihr Ehemann hat sich in der Nacht zu Freitag im Gefängnisse erhängt.

Mehrere Insassen des Zuchthauses in Graudenz versuchten in der Nacht zum Donnerstag auszubrechen. Der Aufseher Tietz wurde hierbei mittels Scheren und Tischbeinen lebensgefährlich, zwei andere Aufseher erheblich verwundet. Tietz war von den Zuchthäuslern durch irgend einen Vorwand in die Zelle gelockt worden und wurde nach längerer Gegenwehr schließlich überwältigt.

Wegen eines fürchterlichen Verbrechens ist in Mülhausen i. E. ein Kupferschmied mit der entsprechenden Strafe belegt worden. Der verworfene Mensch hatte sich nicht gescheut, das herrliche Deutsche Reich dadurch in eine ungeheuere Gefahr zu stürzen und in seinen Grundfesten zu erschüttern, daß er — bebt vor einer solchen Ruchlosigkeit! — ein blau-weiß-roth gestreiftes Bändchen trug. Drei Monate Gefängniß und 80 Mark Geldstrafe wurden dem Verbrecher auferlegt.

Bewaffnete Räuber drangen, wie aus Charkow berichtet wird, in das Contor des Berestowsky-Bergwerks ein und wollten die Kasse berauben. Die Wächter leisteten Widerstand und tauschten mit den Räubern Schüsse aus. Der Director des Bergwerks, Siemualowski, welcher durch die Schüsse erweckt bewaffnet herbeieilte, wurde von den Räubern erschossen. Die letzteren entflohen, da schließlich alle Bewohner des überfallenen Hauses alarmirt wurden.

Große Kälte. Eine starke Kälte herrscht im nördlichsten Skandinavien. Von einigen Ortschaften wird sogar von so enormer Kälte wie — 40 bis 41 Grad Celsius gemeldet.

Die Zahl der bei dem Untergange des Packetbootes „Flachat" bei Teneriffa Verunglückten wird gegen 100 geschätzt, darunter 49 Passagiere.

Vom Wetter. Aus Sydney (Australien) wird vom 15. Februar telegraphirt: Furchtbare Stürme und berghohe Seen haben in den letzten Tagen geherrscht. In vierundzwanzig Stunden sind siebzehn Zoll Regen gefallen — eine ganz ungewöhnliche Erscheinung. In Queensland ist der Regen allgemein.

Lokales.

Breslau, den 19. Februar 1898.

Die öffentliche Versammlung,

welche morgen, Sonntag, Nachmittags 4½ Uhr in Kostrowsky's Local, Lohestraße 75, tagt, bringen wir den Genossen und Genossinnen hiermit nochmals in Erinnerung. Die Tagesordnung enthält bekanntlich einen Vortrag des Genossen Bruyns über das gegenwärtig hochinteressante Thema „Der Dreyfuscandal und seine Bedeutung für das französische Volk" und daran wird sich eine Discussion schließen. Der Eintritt ist frei.

* **Zum Arbeitermangel auf dem Lande.** Die Unermüdlichkeit, mit welcher die Agrarier ununterbrochen nach unbeschränkter Zulassung ausländischer Arbeiter schreien, ist ganz erklärlich, wenn man die mannigfachen Vortheile in Erwägung zieht, welche der Großgrundbesitz durch Gewährung dieses Lieblingswunsches erhielte. Da ist zuerst der für einen modernen Unternehmer hochwichtige Umstand, daß er die Leute, nachdem die Feldarbeit beendet ist, einfach entlassen kann, worauf dieselben in ihre Heimath zurückkehren. Einheimische Arbeiter dagegen müssen auch im Winter beschäftigt werden, und wenn das auch nicht auf allen Gütern regelmäßig geschieht, so wird doch die zu gewährende Arbeit nicht weniger als drei Tage in der Woche betragen dürfen. Wie die Arbeiter mit dem dabei erzielten Verdienste auskommen, das dürfte auch dem fanatischsten Sparapostel ein Räthsel sein. Aber selbst in solchen Fällen, besonders bei ungünstigen Witterungsverhältnissen, mag es nichts Seltenes sein, daß die Arbeit einen ökonomischen Werth nicht hat, sondern eben nur ausgeführt wird, um die Leute zu beschäftigen. Im Hinblick darauf können die Gutsbesitzer den fremden Arbeitern sogar einen höheren Lohn zahlen, als den einheimischen — vielfach ist das thatsächlich der Fall — brauchen doch die ersteren im Winter nicht „gefüttert" zu werden.

Ein fernerer Umstand, welcher die fremden Arbeiter unseren Großgrundbesitzern so begehrenswerth erscheinen läßt, ist die Thatsache, daß es meist jüngere und daher auch kräftige Leute sind, während unter den einheimischen Arbeitern sich nicht wenige befinden, die bereits einer ausgepreßten Citrone gleichen und in Folge dessen nicht mehr so recht leistungsfähig sind. Daß die fremden Arbeiter ferner noch nicht einmal die Wohnung benöthigen, wie sie die einheimischen innehaben, ist, trotzdem die Stuben oft mit den Viehställen keinen Vergleich aushalten, eine ebenso unbestrittene Wahrheit. Aber auch die Armenlasten der Gemeinden, zu denen ja die Großgrundbesitzer einen beträchtlichen Theil beitragen müssen, erfahren durch die fremden Arbeiter eine Verringerung, da dieselben nicht am Orte bleiben und daher auch nicht unterstützungsbedürftig werden, auch keine Angehörigen bei sich haben, die der Gemeinde zur Last fallen könnten.

Rechnet man ferner noch hinzu, daß die fremden Arbeiter, wie schon angedeutet, in der Regel keine Kinder bei sich haben, und daher weder Schulhäuser noch Lehrer erforderlich machen, berücksichtigt man endlich noch, daß bei den fremden Arbeitern der Grundbesitzer auch nicht nöthig hat, die „Lasten der sozialen Gesetzgebung" das ganze Jahr hindurch zu tragen, so wird man es begreiflich finden, warum die Herren durchaus ihre Güter von fremden Arbeitern bewirthschaften lassen und die einheimischen Arbeiter gar nicht haben wollen. Das Facit dieser Interessenpolitik ist, daß die Arbeiter in den Städten, wohin die Beschäftigungslosigkeit sie treibt, verhungern, während nach dem eigenen Geständniß der Agrarier auf ihren Feldern die Ernte verkommt. Fürwahr ein charakteristisches Beispiel für die Unfehlbarkeit der fanatischen Wirthschaftsanarchisten.

* **Die ärmere Bevölkerung und die Kunstwerke.** In der letzten Stadtverordnetensitzung geschah es, daß bei der Berathung des Magistratsantrages, betreffend den Erwerb einer Diana-Statue, ein Stadtverordneter für den Antrag unter der Motivirung eintrat, daß durch die Aufstellung von Kunstwerken an öffentlichen, Jedermann zugänglichen Orten, auch der Kunst- und Schönheitssinn bei der ärmeren Bevölkerung gehoben werde. Wenn wir unsere persönlichen Ansichten über diese Auslassung bei Seite setzen und vom Klassenstandpunkte aus die Sache beurtheilen, dann kommen wir zu folgendem Resultat: So freudig es auch unser Herz bewegt, wenn wir in einer Stadtverordnetensitzung einmal die Worte „ärmere Bevölkerung" zu hören bekommen — oft geschieht das ja nicht —, so müssen wir doch gestehen, daß uns die Geschichte mit der Jagdgöttin-Statue ziemlich kalt gelassen hat. Wenn wir heute dem Magistrat einen Wunschzettel überreichen dürften von alledem, was wir im Interesse der arbeitenden Bevölkerung für nöthig erachten, dann würde die Diana-Statue sicher nicht obenan zu stehen kommen. Der Herr Oberbürgermeister, der natürlich sehr warm für den Antrag eintrat, ging sogar unter die Propheten, indem er ausführte, daß vermögende Kunstliebhaber aus Breslau fortziehen könnten, wenn die Stadt rein gar nichts für Kunstwerke thue. Der Verlust an Steuern, den die Commune dadurch erleiden würde, könnte unter Umständen höher sein, als die ganze Vorlage Kosten verursache. Wir erlauben uns weniger pessimistisch zu denken und können beim besten Willen nicht glauben, daß ein vermögender Kunstliebhaber durch eine Bronce- oder Marmor-Statue, und wäre es auch die Diana, sich an unsere Stadt fesseln ließe. Wir sind wahrhaftig keine Bilderstürmer, so lange aber die Commune die dringendsten Aufgaben noch nicht erfüllt hat, so lange können wir einem Kunstwerke nicht das Wort reden, daß ja neben anderen nothwendigen Einrichtungen einmal geschaffen werden kann, aber nicht vor denselben. Vorschläge zu solchen, im Interesse der ärmeren Bevölkerung zu schaffenden Einrichtungen, sind von uns wiederholt gemacht worden und dasselbe wird auch in Zukunft geschehen. Wenn also im Städtsäckel Geld vorhanden ist, dann rufen wir dem Magistrat und den Stadtverordneten zu: Beachtet die Vorschläge und führt sie aus.

* **„Den Socialdemokraten wird nicht geblasen".** Als vor 20 Jahren die neubegründete christlich-sociale Partei in Berlin zum ersten Male die Feier von Kaisers Geburtstag begehen wollte, wandte man sich wegen der Musik an den Stadtstrompeter eines Cavallerieregiments. Dieser erklärte kurz und bündig: „Den Socialdemokraten wird nicht geblasen." Mit der Wiedergabe dieses amüsanten Geschichtchens begann am Montag in einer Versammlung des christlich-socialen Vereins ein Mann seinen Vortrag, dessen Name bis vor einigen Jahren im politischen Leben eine hervorragende Rolle gespielt hat. Es war dies der ehemalige Hofprediger Adolf Stöcker, der sich seinen hiesigen Parteifreunden wieder einmal in Erinnerung brachte, ein Ritter ohne Furcht und Tadel. Herr Stöcker ist untröstlich darüber, „daß der Jude Singer jetzt Herr des Berliner Volkes ist". Dieser Zustand sei der Zurückdrängung der christlich-socialen Bewegung zuzuschreiben. „Die Arbeiterbewegung müsse losgelöst werden von der Socialdemokratie", so stößt Herr Stöcker klagend ins Horn. Da er aber diese schreckliche Partei nicht beschwören kann, daß sie vom Erdboden verschwinde, so muß er sich nach einem anderen Hilfsmittel umsehen. Der Herr Pastor weiß natürlich keinen besseren Weg zur Erreichung dieses Zieles, als den Gedanken des gesunden, echten und praktischen Christenthums. Redner hat es aber damit durchaus nicht etwa pressirt, denn er sagte in seinen Schlußworten, woraus man schließen kann, daß auch er darauf rechnet, noch einmal als Siegfried in dem Kampfe gegen den Drachen auftreten zu können: „Wenn aber unsere Gedanken in Bann gethan werden, so machen wir es wie Luther, wir gehen auf die Wartburg und warten." Wir haben gegen eine solche Politik nichts einzuwenden.

* **Socialdemokratischer Verein.** Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig jeden Montag Abend im Vereinslokal, Neumarkt 8, statt. Die Bekanntgabe der Tagesordnung für die nächste Versammlung erfolgt in d

Montagnummer dieses Blattes. Aufnahmen neuer Mitglieder finden jeder Zeit statt.

* **Gewerbegerichts-Beisitzer.** Die für morgen anberaumt gewesene Versammlung kann, wie bereits mitgetheilt worden, nicht stattfinden. Dieselbe wird Sonntag, 27. Februar, in dem angegebenen Locale und zu derselben Tageszeit abgehalten werden.

* **Reichstagscandidatur.** In einer vorgestern abgehaltenen Versammlung von Vertrauensmännern der Centrumspartei des Wahlkreises Breslau (Land)-Neumarkt wurde einstimmig Erbscholtiseibesitzer Arnold aus Bischdorf Kreis Neumarkt, zum Candidaten des Centrums für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

* **Manöver.** Wie die „Schl. Volksztg." erfahren haben will, wird das diesjährige Brigade-Exerciren der 22. Infanterie-Brigade (Regimenter 11 und 51) bei Neumarkt die Divisionsmanöver der 11. Division in der Gegend von Schweidnitz und die Corpsmanöver in der Frankensteiner Gegend stattfinden.

* **Gefälschter Kaffee.** Die „Colonial-Ztg." macht auf einen Schwindel aufmerksam, der mit dem Santos-Kaffee betrieben wird. Das Blatt schreibt u. A.: Der Schwindel besteht darin, daß der Schnitt der Santoskaffeebohne unter Zuhilfenahme maschineller Einrichtungen mit verkleinerten Sägezähnen ausgefüllt wird. Dadurch erhält er das echte Aussehen des Portorico und einen entsprechend höheren Preis. Hunderttausend von Ballen so gefälschten Kaffees seien bereits von Hamburg aus in den Consum gebracht; ein süddeutscher Platz habe in verhältnißmäßig kurzer Zeit 3—4000 Sack davon aufgenommen. Alles nur Schwindel, Alles Betrug, wird man bald mit Recht ausrufen können.

* **Maskenball.** Der M.-G.-V. „Victoria" veranstaltet heute Abend im Etablissement „Wilhelmsburg", Neudorfstraße 54, seinen diesjährigen Maskenball. Zur Aufführung gelangen ein großer Maskenumzug, Schneeball-Polonaise u. dgl. humoristische Veranstaltungen mehr. Der Verein erfreut sich auf dem Gebiete des Arrangirens von Faschingsvergnügen eines sehr guten Rufes und wird derselbe auch bei dem heutigen Feste Alles aufbieten, um den Beifall der Besucher zu erringen.

* **Narrenfest.** Das beliebte Narrenfest des Männergesangvereins „Liederkranz" findet, wie bereits mitgetheilt, heute Abend in den Räumen der „Concordia" statt. Es gelangt dabei wiederum ein eigens dazu eingeübtes Festspiel zur Aufführung und verspricht allen Besuchern einen recht vergnügten Abend.

* **Die Gesellschaft für ethische Cultur** veranstaltet am Mittwoch, den 23. d. Mts., Abends 8½ Uhr in Liebichs Festsaal (Gartenstraße 55 I.) wiederum eine öffentliche Versammlung. Herr Amtsrichter a. D. Rechtsanwalt Dr. Röthe aus Berlin, ein verdienstvolles Mitglied der dortigen Abtheilung, spricht über „Die Gesellschaft und der Verbrecher". Wenn in dem ersten der diesjährigen Vorträge die Beziehung zwischen der Gesellschaft und dem Verbrechen, das Verbrechen als sociale Erscheinung dargelegt wurde, so sollen nunmehr die Mittel erörtert werden, deren sich die Gesellschaft zur Bekämpfung des Verbrecherthums zu bedienen hat. Das Interesse weiter Kreise dürfte auch diesem Vortrage nicht fehlen.

* **Ein nettes Früchtel.** Als ein Schneidermeister in der Nacht zum 17. d. Mts. ein Grundstück an der Schuhbrücke, woselbst er wohnt, betrat und die Hausthür von innen schließen wollte, erhielt er plötzlich einen wuchtigen Hieb mit einem Stocke über den Kopf, sodaß er eine stark blutende Wunde erlitt. Als Thäter wurde ein Lehrling des Meisters ermittelt und in Haft genommen.

* **Gefunden wurden:** ein Kinderhalsband, eine Kriegsdenkmünze aus den Freiheitskriegen, ein Stück Seidenstoff, ein Leinwandsack, ein Taschenmesser, eine goldene Brille mit Futteral, ein Regenschirm und ein Portemonnaie mit Inhalt.

Schlesien.

* **Zur Hochwassergefahr.** Ueber die Maßregeln zur Verhütung der Hochwassergefahr im Oderstromgebiet hat der Ausschuß zur Untersuchung der Wasserverhältnisse in den durch Ueberschwemmungen bedrohten preußischen Flußgebieten in seiner Sitzung vom 11. d. M., wie der „Reichsanzeiger" berichtet, ein eingehendes Gutachten berathen und festgestellt. Die Vorschläge des Ausschusses sollen zunächst dem Staatsministerium und durch dieses dem Kaiser unterbreitet werden.

W. **Aus Oberschlesien,** 18. Februar. Die Theilung des alten Kreises Beuthen in sechs Kreise wird nicht lange genügen. Kattowitz wird nächstens ebenfalls aus dem Landkreise ausscheiden, sodaß wir dann einen siebenten Kreis haben. Zu groß für ein Landrathsamt ist ferner der Zabrzer Kreis, doch hat es mit dessen Theilung noch gute Wege. Eher wird die Stadt Gleiwitz einen Stadtkreis für sich zu bilden suchen. Traurig ist es, daß sich die Kattowitzer Bürger noch immer keine Vertretung im schlesischen Provinziallandtage erobert haben; sie haben bisher nicht die Kraft gefunden, den dagegen opponirenden Agrar- und Industriefeudalen Mores zu lehren. — Die millionenschweren Grafen Arthur, Hugo und Lazy Henckel von Donnersmarck wollen wieder einmal für einen Schulbau nicht das bezahlen, was sie nach der Ansicht einiger Gemeinden und nach einem früheren Urtheile des Kattowitzer Kreisausschusses zu zahlen verpflichtet sind. Es handelt sich um eine Schule in [illegible] bei Antonienhütte, zu der diese Grafen etwas über 21,000 Mark beitragen sollen. Ueber die Entscheidung der Angelegenheit werden wir seiner Zeit berichten. — Die Gleiwitzer Gewerbeinspection wird, zunächst commissarisch, der Gewerbeinspections-Assistent Neustadt aus Magdeburg verwalten. Herr Neustadt weilt schon jetzt im Industriebezirk. Er vertritt den erkrankten Beuthener Gewerbeinspector Unruh und besorgt gleichzeitig die Einrichtung des Gleiwitzer Kreises.

Wüstewaltersdorf, 16. Februar. Einen vollen Erfolg für die Socialdemokratie bedeutete wieder die am Sonntag in Dorfbach abgehaltene Volksversammlung. Obwohl der Herr Commerzienrath Dr. Websky einige Tage vorher seine Arbeiter vor den „fremden Sendlingen" gewarnt hatte, war die Versammlung doch sehr gut besucht. Mit gespannter Aufmerksamkeit und großem Beifall folgten die Anwesenden der Kritik, die Genosse Feldmann der im „Wüstewaltersdorfer Gebirgsboten" abgedruckten Rede des Dr. Websky zu Theil werden ließ. Redner schloß seinen 1½stündigen Vortrag mit einer Besprechung der drei für den Waldenburger Kreis in Frage kommenden Parteien. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß diesmal der Wahlkreis schon im ersten Wahlgange seitens der Socialdemokratie erobert werde. Gegner waren wohl erschienen, aber trotz mehrmaliger Aufforderungen meldete sich keiner zum Wort. Dafür werden dieselben gewiß dem Herrn Commerzienrath über die Versammlung berichten und da wird es denselben wohl besonders schmerzen, daß Genosse Feldmann in dieser „friedlichen Gegend" stürmischen Beifall fand, während ihm (dem Commerzienrath) einige Tage früher in der von ihm einberufenen Versammlung mit seinen Ausführungen auch nicht der geringste Beifall zu Theil wurde. Nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen Feldmann schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Socialdemokratie die Versammlung. Donnernd klang das Hoch durch den Saal, davon Zeugniß ablegend, daß auch hier der Socialismus schon Fuß gefaßt hat.

Spiller, 14. Februar. Ein Bölchen. Vorige Woche hatte die elfjährige Tochter des Gutsbesitzers [illegible], ohne irgend welche Veranlassung, einen bei ihrem Vater in Diensten stehenden Schweizerburschen mit einer Düngergabel derart in die Brust, daß seine Ueberführung in das St. Hedwigsstift zu Warmbrunn nothwendig wurde. Die [illegible] verspricht demnächst eine „tüchtige" Dienstherrin zu werden.

* **Glatz,** 17. Februar. Sensationeller Beleidigungsproceß. In der gestern abgehaltenen Strafkammersitzung wurde der „Bresl. Ztg." zu Folge der Rittergutsbesitzer Freiherr Conrad von Falkenhausen-Wallisfurth wegen schwerer Beleidigung des Barons von Prittwitz-Neudorf zu einer Geldstrafe von 1000 Mk. event. für je 10 Mk. ein Tag Gefängniß verurtheilt. Es befremdet einen ordentlich, wenn einmal der Fall sich ereignet, daß in den genannten Kreisen eine Beleidigung anstatt mit Blut abgewaschen zu werden, durch Gerichtsurtheil gesühnt wird.

Oppeln, 18. Februar. Ein naiver Reiselustiger. Vor einigen Tagen kam in das hiesige Regierungsgebäude ein Landmann und erklärte, daß er die Reise nach Jerusalem machen wolle. Gleichzeitig erbat er sich die 1000 Mark, die nach seiner Ansicht aus der Regierungskasse jeder, der die Reise nach Jerusalem machen wolle, ausgezahlt erhalte. — Tausend Mark Staatsbeitrag für jeden, der nach Jerusalem pilgern will, das wäre gar kein so schlechter Gedanke. Da brauchten doch wenigstens die Reisenden, die ja fast ausnahmslos der besitzenden Klasse angehören, die verhältnißmäßig hohen Kosten nicht ganz aus ihrer Tasche zu bestreiten.

W. **Beuthen O.-S.,** 15. Februar. Ein interessantes Bild der Zusammensetzung der Bourgeoisie im oberschlesischen Industriebezirk liefert die Liste der für die nächste Schwurgerichtsperiode ausgeloosten Geschworenen. Unter 30 Geschworenen befinden sich nur 4 — sage und schreibe vier unabhängige und selbstständige Leute; ein Fabrikbesitzer, ein Privatier, ein Kaufmann und ein Bankier. Die sämmtlichen übrigen 26 Geschworenen, also 13/15 von allen sind Beamte. — Oberschlesische Blätter berichten, daß „polnisch-socialistische" Agitatoren aus Krakau im Industriebezirk herumreisten. Uns ist davon nichts bekannt; wir würden uns übrigens offen gestanden, solche Leute erst etwas genauer ansehen, ehe wir sie als Socialisten passiren ließen. Wahrscheinlich handelt es sich um polnische Agitatoren, die unsere Gegner uns an die Rockschöße zu hängen belieben.

W. **Lipine,** 15. Februar. Wegen des in diesen Tagen in katholischen Kirchen üblichen vierzigstündigen Gebetes fiel in den hiesigen Werken die am vorigen Sonnabende fällig gewesene Lohnzahlung aus. Der Ortspfarrer hatte sich an die Verwaltungen mit der Bitte gewandt, die Lohnzahlung einige Tage hinauszuschieben, da sonst die turbulenten Scenen der Arbeiter, die an Lohntagen gewöhnlich einen oder mehrere über den Durst trinken, die Ruhe des vierzigstündigen Gebetes stören würden. Vielleicht sollte auch der Hunger die Leute in die Kirche treiben. Die Lohnzahlung findet heute statt; länger können es die meisten Arbeiter ohne Geld nicht aushalten, sie drohten bereits mit Arbeitsniederlegung.

a. **Königshütte,** 18. Februar. Eisnoth. Die „Königshütter Zeitung" theilt mit, daß ein Gastwirth im benachbarten Ober-Lagiewnik sein Eis für den Wirthschaftsbetrieb einer Düngerjauchengrube entnommen habe. Wenn das wahr sein sollte, so würde sich der betreffende Gastwirth seines Eisbestandes wohl nicht lange erfreuen. Wie unsere Parteigenossen wissen, sind die Polizeibehörden in Oberschlesien sehr strenge und wir hoffen im Interesse der Gäste, welche bei dem Gastwirth mit dem Düngergrubenjauchen-Eis verkehren, daß dasselbe recht bald zu Wasser wird.

Königshütte, 18. Februar. Eine sehr resolute Dame ist Frau Pauline Woytynek. Dieselbe ist, nach der „Kattowitzer Zeitung", am 13. September v. J. auf ihren Ehemann Alfred Woytynek mit einer Axt und einer eisernen Suppenkelle losgegangen und hat denselben ganz gehörig durchgebläut. Der geschlagene Ehemann stellte den Strafantrag und am vergangenen Montag hatte sich seine bessere Hälfte wegen Mißhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Die Angeklagte betrug sich an Gerichtsstelle so frech, daß sie vorerst wegen ungebührlichen Betragens vom Gericht mit drei Tagen Haft bestraft wurde; wegen Mißhandlung ihres Ehemannes wurden ihr 21 Mk. Geldstrafe, event. 7 Tage Haft zudiktirt.

Gerichtliches.

Beleidigungsfreiheit für Landräthe? Der Redacteur des „Deutschen Reichsblatt" hatte gegen Herrn von Puttkamer, Landrath des Kreises Stolp, wegen Beleidigung geklagt, weil derselbe in einem Erlaß an die Lehrer des Kreises das genannte Blatt als „gemeingefährlich" bezeichnet hatte. Das Schöffengericht sprach den Landrath frei, wie seiner Zeit mitgetheilt wurde, indem es demselben Wahrung berechtigter Interessen zuschrieb. Das Landgericht in Stolp hat jetzt nochmals über die Klage zu befinden gehabt und das Urtheil erster Instanz bestätigt. Das Landgericht erachtet zwar den Erlaß des Landraths für objectiv beleidigend und läßt auch den Einwand des Angeklagten nicht gelten, daß ihm das Bewußtsein der Beleidigung gefehlt habe. Aber es billigt ihm wiederum den Schutz des § 193 zu, weil ihm das Recht der Schulaufsicht zustehe und er in seiner Eigenschaft als Beamter gehandelt habe.

Nach diesem Urtheil darf also der Landrath, der Beamte, ungestraft einem Bürgersmanne Beleidigungen zuwerfen, die an jedem anderen Menschenkinde gestraft werden würden, denn er ist eben Beamter. Anstatt, daß der Beamte in erster Reihe berufen wäre, das Gesetz zu wahren, darf er es straflos übertreten, denn er hat „berechtigte Interessen" gewahrt!

Sociale Uebersicht.

Die Auswanderung im Jahre 1897. Nach dem dem Reichstage zugegangenen Bericht über die Thätigkeit der Reichscommissare für das Auswanderungswesen sind im Jahre 1897 über deutsche Häfen insgesammt 83,220 Personen ausgewandert, davon waren aus dem Deutschen Reiche 18,801, aus Oesterreich-Ungarn 25,686, aus Rußland 18,107, aus den Vereinigten Staaten von Amerika 17,886. Einschließlich der [illegible] wohl aus Vergnügungs- und Geschäftsreisenden sich zusammensetzenden Zahl von Auswanderern gingen nach den Vereinigten Staaten 55,698 Auswanderer, 4868 nach Britisch-Nordamerika, 1607 nach Argentinien, 678 nach Brasilien, 785 nach Afrika, 292 nach Australien und Polynesien, 192 nach Asien. Ueber Bremen wurden befördert 46,798, über Hamburg 35,049, über Stettin 1373 Auswanderer. Die Auswanderung über erstere beide Häfen hat im Jahre 1897 den bisher niedrigsten Stand erreicht. 1893 wanderten über Bremen 109,400 Personen aus, und über Hamburg 186,2[illegible]6.

Unter den ausgewanderten Deutschen befanden sich 11,898 Preußen, 1518 Bayern, 1424 Hamburger, 833 Sachsen, 799 Württemberger, 591 Bremer. Von den übrigen Bundesstaaten steht Baden mit 315 Auswanderern an der Spitze, während Schaumburg-Lippe nur 2 Auswanderer aufweist.

In Preußen sind die einzelnen Provinzen wie folgt betheiligt: Hannover 2157, Brandenburg mit Berlin 1945, Posen 1349, Schleswig-Holstein 1153, Pommern 951, Westpreußen 857, Hessen-Nassau 731, Sachsen 792, Schlesien 632, Rheinland 518, Ostpreußen 425, Westfalen 322, Hohenzollern 5.

Von den 18,801 Deutschen gingen nach den Vereinigten Staaten von Amerika 7755 männliche und 7172 weibliche Auswanderer, nach Afrika 79[illegible] männliche und 276 weibliche, nach Australien u. 209 männliche und 109 weibliche, nach Asien 96 männliche und 43 weibliche Auswanderer. Die übrigen reisten nach anderen hier nicht genannten Theilen Amerika's (die meisten nach Brasilien, Argentinien und Britisch Nordamerika). 1998 der deutschen Auswanderer gehörten ihrem Berufe nach der Landwirthschaft an.

Technik und Wissenschaft.

Einst und jetzt im Pharaonenlande. Am oberen Nil hat man, wie der Londoner Egyptologe Flinders Petrie soeben mittheilt, in der Nähe der Steinbrüche von Silsitsch, welche die Bausteine für die Pyramiden lieferten, uralte Culturstätten der Menschheit entdeckt. Der englische Professor fand Werkzeuge aus Feuerstein, Waffen mit Feuersteinspitzen, Schüsseln und Anderes, Dinge, die ein Menschenstamm einst benutzt hat. Jene Leute, deren Spuren die Zeit und der Wüstensand für immer verweht hat, hatten schon künstlerische Triebe. Auf den harten Steinflächen der Abhänge findet man Zeichnungen, die sogar eine höhere Gesittung verrathen. Auf einer der in den Felsen eingeritzten Zeichnungen sieht man einen Mann mit einem Stecken einen Ochsen um ein Schöpfwerk treiben, ein anderes Bild ist ein langgestrecktes Schiff mit aufgespanntem Segel; dann sieht man ein Kameel, Boote ohne Segel mit Rudern, eine Kuh, von einem Manne getrieben. Verschwunden ist jede Kunde von den Leuten, die dort einst hausten. Und nach Tausenden von Jahren kam für die Steinbrüche eine andere Zeit. Die Pharaonen von Ober- und Unter-Egypten schickten ihre Sclaven hinaus, um Steine zu brechen für die Pyramiden, unter denen sie ihren Todesschlaf halten wollten, für die Obelisken, welche ihren Ruhm der Nachwelt verkünden sollten. Hier, wo heute ein Fenek, ein schnellfüßiger Wüstenfuchs, haust, haben viele Tausende gearbeitet, angetrieben von der Peitsche der Aufseher. Noch sieht man, ausgehauen aus dem harten Sandstein, die kleinen Tempel, wo sie die Gottheiten verehrten: Isis und Osiris, den Vogel Ibis, den Stier Apis und den Hundegott Anubis. Hier lebten und starben sie, ausgemergelt von der Frohnarbeit und der Wüstengluth. Noch stehen die Pyramiden und leuchten und glühen in der afrikanischen Sonne, noch künden die Obelisken und die Säulenhallen der Tempel den Ruhm der Pharaonen — aber die Namen der Bauleute sind dahin wie jene ihrer Vorfahren aus der Urzeit. Heute tönt vom Nilflusse herüber das taktmäßige Rufen der Arbeiter, welche die Eisenbahn nach Assuan bauen, und am steinigen Ufer wimmelt es von geschäftigen Menschen, die sich beeifern, einen Eisenweg zu schaffen mitten hinein in das Land der wandernden Söhne des Cham, die dieses Land einst von den Vätern erbten, das heute die Habgier anderer Menschen erringen will. Der sinkende Tag vernimmt das singende Abendgebet der Araber und die eintönigen Dudeleien der Neger. Mitten hinein ertönt gellend der Pfiff der Locomotive und das laute Commando der Offiziere. Das Zeitenrad hat wieder einen Umschwung gethan. Und nach weiteren zehntausend Jahren?

Der Locomotivenbau hat nirgendwo einen solchen Aufschwung genommen, als wie in den Vereinigten Staaten. Dort liefert eine Fabrik mit 1400 Arbeitern im Jahre 300 Locomotiven, eine ebensolche in Schottland aber nur 112! Man führt diese größere Leistungsfähigkeit der Amerikaner zurück auf das System der austauschbaren Locomotiven-Theile, auf die Bezahlung von Stücklöhnen, auf die größere Lenkbarkeit und Willigkeit der Arbeiter, auf die umfangreiche Verwendung von Maschinen-Werkzeugen. Die größte amerikanische Locomotivenbau-Anstalt, gleichzeitig die größte der Welt, vermag im Jahre bis zu 1000 Locomotiven herzustellen! Aus diesen Verhältnissen erklärt es sich leicht, warum die ganze Welt Locomotiven in Amerika bestellt, wenn sie schleunigst geliefert werden sollen. Als vor fast vier Jahren Japan große Anstrengungen machte, starke Truppenkörper und Vorräthe aller Art nach der Küste zu schaffen, bewährten sich die amerikanischen Locomotiven vor den englischen, so daß von ersteren seit dem etwa 50 nachbestellt wurden. Als aber Rußland zur Bewältigung der Beförderung der anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten vor zwei Jahren nach Moskau zusammenströmenden Volksmassen rasch 60 Locomotiven mehr brauchte, konnten die englischen Fabriken sie innerhalb der gesteckten Frist von zwei Monaten nicht liefern, während die amerikanischen sie innerhalb sechs Wochen fertigstellten, obwohl die Bauart derselben etwas von der der amerikanischen verschieden war. Und so sind denn abermals Vertreter der russischen Regierung unterwegs, um mit den amerikanischen Fabriken wegen Lieferung von nicht weniger als 400 Locomotiven für die großsibirische Eisenbahn zu unterhandeln. Innerhalb der fünf Jahre 1893 bis 1897 ist denn auch die Ausfuhr amerikanischer Locomotiven von 195 auf 338 gestiegen. Rußland, das vor 1895 amerikanische Locomotiven überhaupt nicht hatte und in diesem Jahre nur einen Versuch mit zwei solchen machte, bestellte schon im Jahre 1896 deren 74 in den Vereinigten Staaten.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 18. Februar

Eheschließungen. II. Schneider Josef Hahn, kathol., Bohrauerstraße 19, mit Martha Ludwig, kath., Lehmgrubenstr. 8. — Hausdiener Robert Förster, kath., Claassenstraße 4, mit Pauline Malig, ev., daselbst. — Maurer Josef Sauermann, kath., Kaiser Wilhelmstraße 63, mit Johanna Kubitza, ev., das. — III. Kutscher Carl Zukunft, kath., Kreuzstraße 55, mit Auguste Grünig, evang., Nachodstraße 21. — Korbmacher Friedrich Eckert, ev., Roßplatz 11, mit Anna Jähn, geb. Kaltge, kath., daselbst. — Arbeiter Paul Kasseck, kath., Michaelisstraße 17a, mit Martha Reinhold, kathol., Sternstraße 52. — Barbier Oswald Poser, ev., Gneisenauplatz [illegible], mit Anna Reidner, geb. Kluge, ev., daselbst.

Geburten. II. Tischler Carl Klose, kath., T. — Heizer Paul Heide, kath., S. — Schlosser Otto Basan, ev., T. — Bahnarbeiter Richard Blache, ev., T. — Kutscher Hermann Jänsch, ev., T. — Korkschneider Max Jettke, ev., T. — III. Arbeiter Albert Peschke, kath., S. — Arbeiter Hermann Pförtner, ev., T. — Bootsmann Emil Stein, ev., S. — Korbmacher August Hebisch, ev., S. — Arbeiter Gottlieb Ruhm, ev., S. — Schuhmacher Friedrich Häbenett, ev., T. — Goldarbeiter August Schilke, kathol., T. — Monteur August Dlugos, ev., Sohn.

Todesfälle. I. Schmied Josef Franke, 47 J. — Arbeiter Georg Jungnitz, 30 J. — Erich, S. des Arbeiters Gustav Goglé, 4 M. — Maurer Adolf Marek, 37 J. — Curt, S. des Schneidermeisters Wilhelm Rademacher, 6 M. — Bruno, S. des Schmieds Carl Höher, 2 J. — Erzieherin Ellen Haven, 42 J. — II. Josef, S. des Schneiders Josef Heisig, 7 W. — Korkenarbeiterin Marie Ortmann, adoptirte Herrmann, 47 J. — Ernestine Prochnow, ohne besonderen Stand, 68 J. — Wilhelm, S. des Arbeiters Gottfried Frenzel, 2 J. — Elfriede, T. des Straßenbahnkutschers Hermann Thenser, 4 M. — Selma, T. des Barbiers Carl Müller, 5 M. — Emma, T. des Hausdieners Balthasar Ulbrich, 4 J. — Johann Franke, ohne besonderen Stand, 45 J. — Messerschmied Johann Sauneck, 53 J. — Güterbodenarbeiter Wilhelm Barthel, 57 J. — Walter, S. des Schuhmachermeisters Franz Brauner, 1 Jahr. — Arbeiter Carl Wolff, 62 J. — Arbeiter Franz Appelt, 62 J. — III. Hildegard, T. des Bäckermeisters Adolf Schönfeld, 3 Mon. — Fritz, S. des Kutschers Hermann Jähn, 11 Mon. — Margarethe, T. des Schmieds Hermann Laufer, 3 Monate. — Minna, T. des Gemeindedieners Theofil Rauscher, 3 Jahre.